

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der 'Mittwoch-Sonntagsbeilage 'Volk und Arbeit'...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierbeilage 50 Pfennig...

Einzelnen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 16. Februar 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Bewerkschaften und Achtstundentag.

Beschluss des Bundesausschusses des ADGB.

In der gestrigen Tagung des Bundesausschusses des ADGB wurde nach einem in einem Referat des Vorsitzenden...

Der Bundesausschuss des ADGB erhebt einmütigen Protest gegen die zahlreichen Schiedsprüche...

Schluß hält es für seine Pflicht, vor den Folgen öffentlich zu warnen...

Das Lebensinteresse der Arbeiterschaft und die immer steigende Notlage der Millionen Arbeitsloser...

Den streikenden und ausgeperrten Metallarbeitern in Leipzig spricht der Bundesausschuss seine volle Sympathie aus...

Genosse Graßmann wurde beauftragt, diese Entschliebung dem Reichsarbeitsminister persönlich mitzuteilen...

Beilegung des Studentenkonflikts.

Die preussischen Studentenschaften geben nach.

Gestern, Dienstag, fanden im preussischen Kultusministerium die vorgeesehenen Verhandlungen über die Beilegung des Konflikts...

Die preussischen Studentenschaften sind der Meinung, daß sie in ihrer Organisation und Praxis weder vom Geist noch vom Wortlaut...

An der Koalitionsfrage stellen die preussischen Einzelstudentenschaften fest, daß einer Veränderung des Aufbaues der Studentenschaften...

Sollten diese Versuche zu keinem Ergebnis führen, so müssen die preussischen Studentenschaften aus ihrer großdeutschen Einstellung...

In der Frage der Zugehörigkeit der Auslandsdeutschen zur Einzelstudentenschaft...

Die preussischen Studentenschaften bitten den Herrn Minister, ihnen zur Durchführung dieser Maßnahmen bis zum 1. Oktober 1927 Frist zu geben.

Die preussischen Studentenschaften sind also entschlossen, der berechtigten Forderung des Kultusministeriums Rechnung zu tragen...

oder semitlicher Studenten, so werden die preussischen Studentenschaften ihre Verbindung mit ihnen lösen müssen.

Die Erklärung stellt also einen wichtigen Schritt zur Beseitigung der unerquicklichen Zustände dar...

Vandervelde über den deutschen Rechtskurs.

Eine Rede in der belgischen Kammer.

In Beantwortung einer Interpellation über die Aufhebung der Interalliierten Militärkontrolle hielt der belgische Minister des Aeußeren, Genosse Vandervelde, eine Rede...

Aber Dr. Stresemann wird nicht darüber erstaunt sein, daß selbst diejenigen, die einem Deutschland, das sich entschieden auf Demokratie einstellt...

Vandervelde fügte hinzu, daß die verantwortlichen Stellen in Belgien diesen Dingen keine übertriebene Bedeutung beimessen...

Neue Polizeiprääsidenten. Das preussische Staatsministerium hat zum Polizeiprääsidenten von Elbing-Marienburger den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Richard Wende...

Verschwendung im Wehretat.

Unkontrollierbare Ausgaben. — Was sagen die bürgerlichen Parteien?

Heute, Mittwoch, soll im Ausschuss für den Reichshaushalt die Beratung des Etats des Reichs wehrm i n i s t e r i u m s beginnen.

Nach den letzten Jahren, in denen zur Balanzierung des Reichsetats Einnahmeüberschüsse aus den Vorjahren zur Verfügung standen...

Der einzige Etat, bei dem zugunsten eines Ausbaues der sozialen Fürsorge Ersparungen gemacht werden können, die zu Buch schlagen, ist der Wehretat.

Neben Finanzermäßigungen erfordert der Wehretat aber auch rein etatsrechtlich die höchste Aufmerksamkeit des Haushaltsausschusses.

Schließlich hat das Wehrministerium schon in den vergangenen Jahren in außerordentlich zahlreichen Fällen die Erlaubnis erhalten, Dienststellen, Mittel zur Selbstbewirtschaftung zu übermitteln.

Die Höhe der Selbstbewirtschaftungsmittel ist weder im einzelnen noch im ganzen aus dem Etat zu ersehen.

Wohlfahrtsetat und Domänenverwaltung

Landtagsdebatte über soziale Frage.

Landtagspräsident Bartels eröffnete die Dienstagssitzung des Landtages mit einem Hochruf auf die in der Vertretungspause verstorbenen Abgeordneten Göbel (3.) und Müller-Franken (Wirtschaftspartei).

Abg. Sobotta (Komm.) legt einen kommunistischen Entschließungsantrag vor, wonach die preussischen Staatsbergwerke sofort zur Sechsstundenarbeit zurückzuführen und der Reichsarbeitsminister ersucht werden soll, alle Schiedsprüche zu annullieren, die für den Bergbau unter Tage eine längere Arbeitszeit vorsehen. Er richtet an die Sozialdemokratie und das Zentrum die Frage, wie sie zur Kündigung des Ueberzeitabkommens stehen.

Abg. Otter (Soz.): Die Frage der Kündigung des Ueberzeitabkommens ist keine Angelegenheit der Sozialdemokratischen Partei, sondern eine solche der gewerkschaftlichen Organisationen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Ruhrrevierkonferenz des Deutschen Bergarbeiterverbandes hat das Ueberzeitabkommen gekündigt mit dem Ziele restloser Wiederherstellung der Sechsstundenarbeit. Der Abg. Sobotta rennt also lauter offene Türen ein. Selbstverständlich sind wir grundsätzlich mit der Tendenz des Antrages einverstanden und nehmen an dem Kampfe gegen Ueberarbeiten und Nebenarbeiten das größte Interesse. Schon im Hinblick auf die Bekämpfung der Unfallgefahr:

im vierten Quartal 1925 haben sich im Oberbergamtsbezirk Dochnum arbeitsunfähig 285 Anfälle, darunter 3 tödliche, ereignet.

Wie wir den Bergarbeiterorganisationen helfen können in ihrem Kampfe um die Befreiung der Arbeitszeit, das wollen wir im Austausch für Handel und Gewerbe eingehend besprechen.

Abg. Steger (3.): Wenn nicht Herrn Sobottas Freund, Herr Coot, die englischen Bergarbeiter ins Unglück gestürzt hätte, wäre der Kampf für die Sechsstundenarbeit in Deutschland aussichtsreicher. (Sehr gut in der Mittel!) So werden wir es nur erreichen durch eine internationale Verständigung über die Arbeitszeit im Bergbau und die ganze Kohlenwirtschaft.

Damit schließt die Debatte, der Antrag geht an den Ausschuss für Handel und Gewerbe. — Es folgt die

Einzelberatung des Etats für Volkswohlfahrt.

Zum Kapitel Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs wendet sich Abg. Bartels (Komm.) gegen die dafür bereitgestellten Mittel, da sie aus den Erträgen des Branntweinmonopols des Reiches stammen.

Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.) tritt dieser Auffassung entgegen. Sie fordert weitgehende Aufklärung der Jugend über die Schäden des Alkohols und Erhöhung der bereitgestellten Mittel von 225 000 Mark auf 350 000 Mark, da die privaten Organisationen das Geld nicht allein aufbringen könnten.

Abg. Frau Ege (Soz.) bittet zum Titel Jugendpflege mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Im Wiesbadener Bezirk kämen bei 70 000 Jugendlichen auf den Kopf aus Mitteln der Staatskasse nur 1 M. Das sei viel zu wenig.

Abg. Hartleb (Soz.): Der Wohlfahrtsminister hat den energischen Kampf gegen das Kurpfuschertum im Heilwesen angeht. Er hat dabei auf die Unterstützung aller Einsichtigen zu rechnen.

Aber alle Heilkundigen, die nicht staatlich approbiert sind, in Bausch und Bogen als Kurpfuscher zu bezeichnen, ist nicht angeht.

Weite Kreise der Bevölkerung verdanken solchen Heilkundigen tatsächlich Hilfe und Rettung. Sollte er auch gegen diese vorgehen wollen, so wird er auf den Widerstand dieser Kreise stoßen.

Abg. Frau Raaf (Dnat.) wendet sich gegen angebliche Konopositionsbestrebungen und gegen Konoposition von Klinken und Kranenführern von Seiten der Krankenkassen.

Abg. Dräcker (Soz.) weist diese Angriffe auf die Krankenkassen mit aller Entschiedenheit zurück. Nicht die Krankenkassen mischen sich in die inneren Angelegenheiten der ärztlichen Vereinigungen, sondern meistens ist es umgekehrt der Fall.

Abg. Haack (Soz.) bemängelt, daß die Zahl der Bauarbeiterunfälle im allgemeinen und auch der tödlichen in den letzten Jahren leider eine bedauerliche Steigerung erfahren hat. Der Bauarbeitersehnsucht müßte von Seiten des Ministeriums weit mehr als bisher gefördert werden.

Abg. Frau Christmann (Soz.) verlangt weitgehendes Kontrollrecht des Staates über alle nichtstaatlichen und privaten Fürsorgeanstalten. In einer Anstalt zu Niederlesmar hätte sich erst kürzlich der zweite Selbstmord eines Fürsorgezöglings ereignet. Die Ausrede, daß hier ein mißglückter Mordversuch vorliege, sei nicht stichhaltig. In diesem besonderen Fall müsse nochmals eine genaue Untersuchung vorgenommen werden.

Abg. Frau Wohlgenut (Soz.) fordert für alle Fürsorgeanstalten Lehrer mit Vorkursbildung, da Diakone und Erziehungsgehilfen nicht die Gewähr bieten, daß die Zöglinge eine volle Schulausbildung erhalten.

Damit ist die Beratung des Wohlfahrtsetats beendet. — Es folgt der

Etat der Domänenverwaltung.

Abg. Alshöner-Storow (Soz.): Von einer allgemeinen Notlage der staatlichen Domänenpächter kann man ebensowenig sprechen, wie von einer allgemeinen Notlage der Landwirtschaft. Zahlreiche Domänenpächter sind freilich in große Not geraten, weil sie in den Jahren 1924 und 1925 in der leichtfertigen Weise Schulden aufgenommen haben, vielleicht in der Hoffnung auf eine weite Inflation. Soweit sie das Geld nicht einmal zur Intensivierung der Betriebe benutzt haben, können wir ihnen aus ihrer selbstverschuldeten Not nicht helfen; wer unfähig ist, rationell zu wirtschaften, muß zugrunde gehen. Im allgemeinen bleiben die Pächter noch weit hinter den Friedenspreisen zurück. Eine planmäßige Erhöhung der Pachten wird nicht nur dem Staat zu besseren Einnahmen verhelfen, sondern auch die Domänenpächter dazu zwingen, hohe Erträge herauszuwirtschaften. Der Betriebsberatung des Domänenpächterverbandes ist das in einer ganzen Anzahl von Fällen namentlich durch Ausdehnung der Viehzucht und Schweinemast ausgezeichnet gelungen. Wo nicht entweder leidenschaftliche Schuldenwirtschaft oder Seuchen und Hochwasser, bei denen natürlich der Staat helfend einzugreifen muß, die Domänenpächter schwer geschädigt haben, haben sie erhebliche Ueberlässe herausgewirtschaftet, ebenso wie auf den autarkwirtschaftlichen Domänen, die der Staat selbst in der Hand hat. Wir bedauern, daß der Landwirtschaftsminister die Selbstbewirtschaftung der staatlichen Domänen nicht ausdehnen will.

Wir hoffen es geradezu für seine Pflicht, der Landwirtschaft Muster und Beispielwirtschaften zu bieten.

mit besten Maschinen, mit Elektrifizierung und dergleichen mehr. Auch in sozialer Beziehung sollte die Domänenverwaltung voranzugehen. Wir erkennen ihren guten Willen an, aber der Fortschritt ist zu langsam. Das Hofgängerwesen sollte es auf staatlichen Domänen überhaupt nicht mehr geben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Für den Bau von Landarbeiterwohnungen brauchen man an Stelle der angeforderten 5 Millionen mindestens das Dreifache. Heute haufen sich vielfach Landarbeiterfamilien mit 4 bis 5 Kindern in einem einzigen Raum.

Nur die Verbesserung der Löhne und der Landarbeiterwohnungen kann die Landflucht eindämmen.

Wiedereinführung der Gefindeordnung oder Bestrafung des Kontraktbruchs, wie viele Regierungspräsidenten empfohlen haben, würde den sozialen Aufstieg der Landarbeiterschaft unmöglich machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen weiter raschen Fortgang der Landgewinnungsarbeiten. Insbesondere muß das brachliegende Land auf den Domänen rasch

Bin ich strafbar?

Eine Frage an den Herrn Reichskanzler Dr. Marx.

Genosse Polizeioberst a. D. Lange schreibt uns:

Herr Reichsinnenminister v. Reudell ist aus der Untersuchung, die der Herr Reichskanzler Marx geführt hat, glänzend gerechtfertigt hervorgegangen. Es ist ihm attestiert worden, er habe, als er den Befehlen von Rapp und seinen Parteigängern ohne Widerstreben sofort nachkam, nur korrekt gehandelt, denn die erste Pflicht eines Beamten sei Gehorsam unter allen Umständen. Also haben sich alle diejenigen, die in jenen Tagen sich weigerten, mit Rapp und Genossen gemeinsame Sache zu machen, strafbar gemacht? Ein Schauer läuft mir über den Rücken und wie zufrieden kann ich sein, daß die Amnestie, unter deren Schutz jetzt die Hochverräter ihre Pensionen verzehren dürfen, auch denen zugute kommt, die einmal das Verbrechen begangen haben, Staatsfeinden gegenüber ungehorsam gewesen zu sein.

Am 14. März 1920 morgens wurde mir folgender Befehl in die Hand gedrückt:

Reichswehrbrigade-Kommando 9
Abtlg. I. a. B. Str. 1357/3

Schwerin, den 14. März 1920.

Auf Befehl der vorläufigen Regierung wird der Chef der Schweriner Sicherheitswehr, Polizeioberst Lange, vorbehaltlich der Gewährung seiner Verorgungsansprüche, als Chef der Sicherheitswehr entlassen. Mit der Führung der Geschäfte des Chefs der Sicherheitswehr wird der Polizeimajor Petri vorläufig beauftragt.

Der Militärbefehlshaber
gez. von Lettow, Generalmajor.

Es fiel mir nicht ein, diesen Befehl zu befolgen, und ich erklärte das ausdrücklich vor den versammelten Ober- und Unterbeamten meines Stabes. Für die weiteren Ereignisse dieses Tages, soweit sie die Gehorsamsfrage betreffen, will ich einen Bericht sprechen lassen, den ein Augenzeuge, ein Reichswehrunteroffizier, an seine Organisation, den Reichswirtschaftsverband Deutscher Berufssoldaten, erstattet hat:

Das Auto, mit dem ich fuhr, gelangte nun zunächst zum Brigadestabsquartier, wo der General längere Zeit mit seinem Stabe allein war. Als er dann wieder erschien, befand sich der Amtsverwalter Dr. Wendhausen, der als Regierungskommissar für Mecklenburg-Schwerin ausersehen war, bei ihm. Mit diesem zusammen und einer Anzahl Offiziere des Brigadestabes ging man die Fahrt zum Chef der Sicherheitspolizei, Oberst Lange. Der General wirtte nun auf ihn ein, um ihn für die neue Regierung zu gewinnen. Er sagte ihm, daß der Regierungswechsel sich in Ruhe und Ordnung vollzogen habe und die gesamte Reichswehr, fast ohne Ausnahme, und auch die Sicherheitspolizei sich hinter die neue Regierung gestellt habe. Dies alles wurde ihm als eine unumstößliche Tatsache vor Augen geführt. Oberst Lange sagte, er glaube dies nur, wenn er selbst die Nachrichten auf der Post in Empfang nehmen könne. Man forderte nun den Oberst Lange auf, sich mit seiner Sicherheitspolizei hinter die neue Regierung zu stellen, er könne sich doch den Tatsachen nicht verschließen. Der Oberst erklärte hierauf, er habe sich der mecklenburgischen Regierung eidlich zur Treue verpflichtet und könne seinen Eid nicht brechen. Als dies nicht gelang, verlangte man von ihm, dann wenigstens dafür einzutreten, daß die Bildung der Regierung durch die Sicherheitspolizei nicht gestört werde. Auch hierzu war Oberst Lange nicht bereit.

Der General verlangte noch von Oberst Lange, daß er sich unter seinen Befehl stelle, was von Oberst Lange abgelehnt wurde.

Soweit der Bericht des Reichswehrunteroffiziers. Es herrschte damals noch von den Januarereignissen her der Ausnahmezustand. Der General v. Lettow war Inhaber

melioriert werden, um die Viehhaltung zu erhöhen. Die Vermehrung der staatlichen Rüstergüter in der Weinwirtschaft begrüßen wir mit Befriedigung. Die staatlichen Bäder und Mineralbrunnen müssen ausgebaut und systematisch der minderbemittelten Bevölkerung zugänglich gemacht werden. (Bravoo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Just (Dnat.): Auch den Domänenpächtern kann nur ein ausreichender Jollshatz helfen. (Lachen links.)

Die Weiterberatung wird auf Mittwoch, 12 Uhr, vertagt.

Der Bruch mit Polen.

Die polnische Delegation reißt ab.

In ihrer Note vom 12. Februar, die wir in unserem Sonntagsblatt kurz wiedergegeben haben, erklärte die deutsche Regierung, daß sie eine vorläufige Auslegung der mit Polen geführten Handelsvertragsverhandlungen für geboten hält. Man wolle zunächst den Versuch machen, diejenigen Fragen zu regeln, die sich aus der Ausweisung und der Verdrängung deutscher Staatsangehöriger ergeben. Besondere Verhandlungen hierüber sollten unverzüglich aufgenommen werden. Die deutsche Regierung hoffe, daß, sobald sie ein Ergebnis erbracht haben, die Wiederaufnahme der Gesamtverhandlungen möglich sein werde.

Als Antwort auf die deutsche Darstellung des Konflikts veröffentlichte jetzt die polnische Delegation eine Antinote.

Darin heißt es, daß die von Deutschland mitgeteilten Gründe für den Abbruch der Verhandlungen über den Bereich des handelsvertraglichen Gebiets hinausgehen und daß es deshalb unmöglich sei, in Erörterungen über sie einzutreten. Nach Auffassung der polnischen Regierung wäre es keineswegs geboten gewesen, die Verhandlungen jetzt zu unterbrechen. Jener Beschluß werde die wirtschaftliche Verständigung zwischen den beiden Ländern nur erschweren und verzögern. Man sei auf polnischer Seite auf das peinlichste durch die von der deutschen Delegation im letzten Augenblick ohne vorherige Verständigung erfolgte Abgabe der letzten Kommissionslösung überrascht gewesen. Die polnische Delegation teilt weiter mit, daß sie gemäß den Instruktionen aus Warschau nunmehr Berlin verläßt. Dabei spricht sie die Hoffnung aus, daß die deutsche Regierung künftighin nicht gewillt sein werde, „durch ihre Stellungnahme den Wiederbeginn der Handelsvertragsverhandlungen zu beeinträchtigen“.

Die Dinge liegen also im Augenblick so, daß die etwa zweijährigen Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über die Herbeiführung eines Handelsvertrages nunmehr endgültig und auf unbestimmte Dauer unterbrochen sind. Wir

der vollziehenden Gewalt. Nachdem er aber für das Hochverräterpaar Rapp-Wittich eingetreten war, hatte er sich meiner Ansicht nach außerhalb des Gesetzes gestellt und war demgemäß zu behandeln. Muß ich diese Ansicht nach den neuesten staatsrechtlichen Ausführungen des Herrn Reichskanzlers korrigieren?

Ich bin nicht nur ungehorsam gewesen, ich habe damals auch noch anderes getan, weil ich glaubte, es könne der Wiedererlangung der Macht durch die verfassungsmäßige Regierung dienlich sein — wie weit habe ich mich also davon entfernt, nach dem Beispiel des Herrn v. Reudell ein „korrekter Beamter“ zu sein! Bin ich deswegen strafbar?

Der Herr Reichskanzler äußert sich.

Die peinliche Frage des Polizeiobersten Lange lag bereits auf unserem Schreibtisch, als eine andere Kunde eintraf. Um dem Reichskanzler Gelegenheit zu geben, den katastrophalen Eindruck seiner Erklärung abzumildern, hat die „Germania“ eine Unterredung mit ihm veranstaltet. Herr Marx erklärte, mißverstanden worden zu sein:

Um allen Mißdeutungen entgegenzutreten, möchte ich zunächst darauf hinweisen, daß in juristischen Kreisen darüber wohl gar kein Zweifel bestehen kann, daß Anweisungen der vorgelegten Dienstbehörde nur unter der Voraussetzung den Untergebenen zum Gehorsam verpflichten, daß sie nicht erkennbar und offensichtlich der Verfassung widerstreiten oder etwas offenbar Widerrechtliches befehlen. Alle diejenigen Beamten, die während der Rapp-Tage erkannte, daß die Rapp-Regierung widerrechtlich sich in den Besitz der Macht gesetzt hatte, und die deshalb die Anordnungen der von ihr bevollmächtigten Stellen nicht befolgten, haben daher selbstverständlich durchaus pflichtgemäß gehandelt und verdienen alles andere als einen Tadel.

Die Beamten, die beim Rapp-Tusch ihren Eid hielten, dürfen also befreit aufatmen. Herr Marx erzählte dann allerlei, was schon bekannt ist und sehr wahr:

In unserem konkreten Fall blieb also bei dieser Sachlage Herr von Reudell kein anderer Weg als sich bei seiner vorgelegten Regierung in Frankfurt a. d. O. zu erkundigen. Er handelte daher nach meiner Ueberzeugung durchaus entschuldbar, wenn er der ihm in Frankfurt a. d. O. erteilten Anordnung, dem Befehl des — wie gesagt, seit längerer Zeit im Amt befindlichen — Militärbefehlshabers Folge zu leisten, nachkam. Es sind in keiner Weise Umstände hervorgetreten, die darauf schließen lassen, daß er wußte oder auch nur wissen mußte, daß die Anordnung des Militärbefehlshabers gegenwärtig war. Es war unter den geschilderten Umständen kein Grund, die Anordnungen einer Regierung zu vollstrecken, die sich rechtswidrig in den Besitz der Gewalt gesetzt hatte.

Die objektive Rechtswidrigkeit der Anordnung des Militärbefehlshabers war Herrn von Reudell unbekannt geblieben und daher war sein Gehorsam gegenüber den Anordnungen keineswegs für berechtigt zu halten. Weitere Rechtfertigungen waren daher meiner Meinung nach überflüssig.

Was Oberst Lange in Mecklenburg erkennen konnte, das konnte also v. Reudell in der Neumark nicht erkennen. Er konnte nicht erkennen, daß das von ihm veröffentlichte Verbot, Kundgebungen der verfassungsmäßigen Regierung zu verbreiten, rechtswidrig war.

Herr Marx bezeugt damit Herrn v. Reudell, daß er eine geringere Intelligenz besitzt, als Tausende von Beamten und Millionen von Arbeitern, die sofort wußten, was los war und entsprechend handelten. Dafür ist nun dieser Herr v. Reudell Reichsminister des Innern geworden!

haben die Vorgeschichte dieser plötzlichen Störung bereits mehrfach eingehend behandelt: daher braucht im Augenblick nur noch die Tatsache hervorgehoben zu werden, daß es der polnischen Delegation gelungen ist, sich einen „guten Abgang“ zu sichern und die Schuld an dem eigentlichen Abbruch der Verhandlung — wenn auch nicht an den Vorgängen, die erst hierzu führen mußten — in den Augen der Welt den deutschen Politikern zuzuschreiben. Gewiß sind die Polen keine leichten und bequemen Partner in politischen und wirtschaftspolitischen Verhandlungen, wie sich in den letzten Jahren immer wieder gezeigt hat. Gerade darum hätte die deutsche Regierung alles vermeiden müssen, was den Anseheln erwecken konnte, daß sie den Abbruch der Verhandlungen veranlaßt habe.

Gewiß haben die offiziellen deutschen Kommentare recht, wenn sie davon sprechen, daß die neue Wendung der Dinge keineswegs den Beginn des Zollkrieges zwischen Deutschland und Polen bedeute, sondern daß lediglich der seit langem bestehende wirtschaftliche Kriegszustand unverändert weiter bestehen bleibe. Aber es ist natürlich ein sehr großer Unterschied, ob man einen Zollkampf führt und gleichzeitig in aussichtsreichen Verhandlungen darüber steht, über welche Weise der Kriegszustand zu beenden sei, oder ob der Termin für neue Verhandlungen überhaupt noch in unbestimmter Ferne liegt. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß gerade jetzt durch die innerpolitische Entwicklung der Dinge in Polen wie in Deutschland jene Kreise, die am Zollkampf interessiert sind, nämlich das Großagrariertum in Deutschland, die Industriellen in Polen, die entscheidende politische Macht in den Händen haben. Man muß auf das entschiedenste der Auffassung widersprechen, als ob es der deutschen Wirtschaft, in ihrer Gesamtheit, gleichgültig sei, daß der ostdeutschen Industrie und dem ostdeutschen Handel der natürliche Markt in Polen nun auch weiterhin verschlossen bleibt. Mit derselben Entschiedenheit sind auch alle jene Versuche abzulehnen, die darauf hinausgehen, die Frage der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen zu einer Prestige-Angelegenheit und zu einer Frage der „nationalen Machtstellung“ aufzubauen. Die Sprache der rechtsradikalen Presse zeigt, wohin die Reise gehen kann und, nach der Meinung unserer Ostelbier, gehen soll. Es scheint wirklich hohe Zeit zu sein, daß die politischen Exponenten jener Richtung, soweit sie heute in Ministerstellen sitzen und also an der Leitung der deutschen Politik maßgebend beteiligt sind, endlich einmal auf das energischste von den Neuerungen ihrer Parteiorgane und ihrer wirtschaftspolitischen Organisationen abrücken, die sich jetzt in den widerslichsten Beschimpfungen der polnischen Nation und in einer Verpöthung der schiedsrichterlichen Instanzen des Völkerbundes nicht genug tun können.



Der Atem Berlins.

An sonnenhellen Tagen liegt über jeder Großstadt eine Dunstschicht; die zahllosen Schloten, der Straßenstaub und alle sonstigen Verunreinigungen der Großstadtluft sind im hellen Sonnenschein schon lange, bevor man die Stadt selbst erreicht hat, deutlich zu erkennen. In früheren Jahrzehnten galt die weithin sichtbare Rauchfahne eines Fabrikshornsteins geradezu als ein Zeichen dafür, daß der Betrieb voll beschäftigt sei, er galt als Symbol der aufstrebenden Technik. In dem Maße, als die Industrie größer wurde und die Menschenansammlungen in den Städten sich vermehrten, wurde Rauch und Staub zu einer Plage, die eine gründliche Abwehr forderte. Der Krieg und die Inflation hatten leider die Beachtung dieser Fragen zurücktreten lassen. Es ist jetzt an der Zeit, sie wiederum in den Vordergrund des hygienischen Interesses der Großstädte zu rücken. Der Berliner Bezirksverein deutscher Ingenieure veranstaltete daher auch vor kurzem einen Vortrag über dieses wichtige Thema, der bewies, wie sehr heute noch in dieser Hinsicht vieles im alten liegt.

Die Rauch- und Staubquellen.

Auch Berlin mit seiner Groß- und Kleinindustrie, mit seinen zahlreichen Haushaltungen und seinem großen Verkehr wird zu gewissen Zeiten von Staub und Rauch in geradezu unerträglicher Weise eingehüllt. Nach einer Statistik gibt es in Berlin nicht weniger als 5900 überwachter Dampfkessel. Die Einfuhr von Steinkohle beträgt im Monat zirka 337 000 Tonnen, die Abgasmenge wird insgesamt auf 120 Millionen Kubikmeter geschätzt. An Flugasche sollen im Monat 35 000 Tonnen in die Atmosphäre gefahren werden. Die Sadt-, Ring- und Vorortbahn hat bei einer Streckenlänge von 325 Kilometern einen monatlichen Kohlenverbrauch von 60 000 Tonnen. Sie schickt jeden Tag etwa 100 Kilogramm Rauch in die Luft. 8500 Aufodroschen und Omnibusse, 25 000 Personen- und Lastkraftwagen, 16 700 Groß- und Kleinkraftwagen und nicht weniger als 1 254 000 selbständige Haushaltungen wirken zusammen, um die Atmosphäre Berlins zu verpesten. Hierbei macht die große Zahl der Haushaltungen der Industrie erfolgreichste Konkurrenz. Während bei der Großindustrie schon vielfach bessere, hygienisch und technisch einwandfreie Rauchverbrennungen vorhanden sind, arbeitet die Kleinindustrie jahrelang, ja, mit völlig unzulänglichen Einrichtungen. Die Kapitalknappheit läßt auch in Zukunft nicht hoffen, daß hier eine Besserung eintreten werde.

Die Abgase.

Der Rauch, der in die Luft geschickt wird, ist sehr verschiedenartig zusammengesetzt. Bei unbewegter Luft sinken schwere Rußteilchen ab, und was dann schwebend bleibt, ist ziemlich einheitlich zusammengesetzt. Meist aber bleiben auch die schwereren Teile sehr

lange Zeit durch den außerordentlichen Wechsel der Windgeschwindigkeit, durch die Kraft der Temperaturänderungen in der Schwerkraft, durch die Kraft der Wind auf das Weitertragen des Rauches, zeigt eine Beobachtung, die vor einigen Jahren in Irland gemacht wurde, wo Rauch aus Schottland und England, behaftet mit Ruß und anderen Verunreinigungen, in erheblichen Mengen niederfiel. Zu dieser rauchgeschwängerten Luft kommen dann noch die Auspuffgase der Automobilsfahrzeuge, die außerordentlich gesundheitschädlich sind. So wurde auf der Haupttagung des Vereins Deutscher Chemiker, die im Jahre 1921 in Stuttgart stattfand, mitgeteilt, daß nach den Gutachten erster Sachverständiger reines Benzol am giftigsten sei. Man hat Auspuffgase gesammelt und Versuchsversuche mit ihnen geübt. Auch Chauffeure, die in Garagen schliefen, haben erhebliche Gesundheitschädigungen dadurch erlitten, daß sie die bei leerlaufendem Motor entwickelten Auspuffgase einatmeten. Eine sehr interessante Tatsache ist es, daß 25 bis 60 Prozent des Sonnenlichtes durch die Abgase von den großen Städten abgehalten werden. Die physiologischen Schäden, die Pflanzenschäden, die durch diese Erscheinung hervorgerufen werden, sind sehr erheblich. Es gibt Städte, in denen die Rauchplage so groß ist, daß selbst Koniferen nicht mehr gedeihen, daß die Bäume geradezu an Fieber erkranken, Verstopfungserscheinungen aufweisen und einsehen. Zu diesen gesundheitlichen Schädigungen kommen Materialschäden an Gebäuden und öffentlichen Einrichtungen, die einen beträchtlichen Verlust von Volkvermögen bedeuten. So müssen z. B. in solchen rauchbedeckten Städten bei der Eisenbahn Eisenbeschläge alle 10 Jahre erneuert werden, da sie durch die Einwirkungen der Rauchgase zerfällt werden. Die Eisenbahndirektion Essen schätzte den Materialverlust durch Verrotten infolge der Einwirkungen der Abgase usw. auf jährlich rund 8000 Tonnen in ihrem Verwaltungsbezirk.

Der Straßenstaub.

Zu diesen Abgasen kommt dann noch der Straßenstaub hinzu, der mit der Zunahme des Verkehrs als besonderes Uebel empfunden wird. Man unterscheidet hier zwei Arten, den sogenannten Deckenstaub und den Verkehrstaub. Der erstere entsteht durch die Abnutzung der Straßendecke infolge des Verkehrs, mechanische und physikalische Kräfte bewirken seine Entfischung. Der Verkehrstaub dagegen wird durch den Verkehr selbst den Straßen zugeführt. Er besteht aus verwittertem Kot, Pflanzensamen, Kalkteilchen, Glassplittern, Sand, Postern, menschlichem und tierischem Ausswurf und vielen anderen. Dieser Staub ist besonders gesundheitschädlich, weil er auf die Rachenschleimhäute einwirkt und somit den Grund zu Halsentzündungen und Erkrankungen der Luftwege legt. Insbesondere spitze und scharfkantige Staubteilchen können beim Eindringen in die Luftwege pathologische Veränderungen hervorrufen. Dagegen wird die Gefahr einer Infektion durch die im Straßenstaub enthaltenen Bakterien von Medizinern als wesentlich geringer ein-

geschätzt. Welche Mengen von Verkehrstaub in Frage kommen, zeigen die Schätzungen bei der Hoch- und Untergrundbahn. Die Gleis- und Straßendecke der Hoch- und Untergrundbahn beträgt in Berlin rund 48 Kilometer. Sie rechnet mit einem Verkehrstaub im Jahre von 210 Tonnen. Für New York wird die dortige Untergrundbahn, die eine Gesamtlänge von 31 Kilometern hat, die Verkehrstaubmenge sogar auf 300 Tonnen angegeben. Infolge dieser Abnutzung sind auch die Straßenaufbauten einer Großstadt wie Berlin außerordentlich hoch. Der Berliner Etat hat für Straßenbau 24,2 Millionen Mark vorgesehen, davon sind 11,6 Millionen regelmäßig für den Straßenbau und 12,6 im außerordentlichen Etat für Notstandsarbeiten enthalten. Von dieser gewaltigen Summe werden nicht weniger als fünf Millionen für den Unterhalt und sechs Millionen für die Nachpflasterung der Straßen aufgewendet.

Abwehrmaßnahmen.

Zur Bekämpfung dieser Rauch- und Staubschäden sind zahlreiche Mittel vorgeschlagen worden: Kesselfilter, Verbrennung der Rauchgase, bevor sie an die Luft kommen, chemische Mittel zur Niederschlagung des Staubes auf den Straßen, Oberflächenreinigung oder Inneentierung der Straßen u. a. m. Grundsätzlich wäre zu fordern, daß alle großen Werke, und nicht zuletzt auch die Reservewerke der Elektrizitätsgesellschaften, die nur zeitweilig bei Spitzenleistungen in Betrieb gesetzt werden, nach dieser Richtung hin auf das modernste ausgerüstet werden. Besonders bedauerlich erscheint es, daß selbst das moderne Großkraftwerk Rummelsburg noch in bezug auf die Rauchverbrennung ungenügend ausgerüstet erscheint. Ferner hofft man durch Ferngaswerke und Fernheizwerke eine Verminderung der großstädtischen selbständigen Heizanlagen. Am großzügigsten wirkt die Natur. Eine kleine Brise von zwei Metern in der Sekunde löst bereits die ganze über der Stadt lagernde Rauchwolke auf. Sehr interessant ist die Tatsache, daß die größte Staubbilddichte in der Großstadt um Mitternacht herrscht, während das Minimum zwischen 2 und 4 Uhr morgens eintritt. Man führt das zurück auf das Eindringen von harten Strahlungen, sowie auf die großen Temperaturunterschiede infolge der nächtlichen Abkühlung.

Vielleicht wäre ein Zusammenstoß der vom Rauch und Staub bedrohten Großstädter gegen diese Plage zweckvoll, um hier die Durchführung bestimmter hygienischer Abwehrmaßnahmen zu erreichen. Der weiße Hemdträger, der auch beim saubersten Menschen schon nach wenigen Stunden schwarz wird, zeigt deutlicher wie alle Zahlen und Berechnungen, in welcher Luft sein Träger sich bewegen muß. Gerade die über den Städten schwebende Rauchwolke zeigt, wie rückständig die moderne Technik auch heute noch ist.

Gerichtstag.

Von Fred Bérence.

Copyright 1925 by Paul Zsolnay, Wien

Der Arzt trat zu mir, sahte mein Kinn mit zwei Fingern, gab mir einen freundlichen Nasenstüber und sagte: „Gaffen Sie ihn nur hier, vielleicht wird seine Gegenwart Frau Balcourt beruhigen.“

Als eine Stunde später die Hebamme kam, schickte man mich aus dem Zimmer, bald darauf rief sie mich und zeigte mir, wie man das Kind wickeln müsse.

„Das ist sehr brav, daß du deine Mutter pflegst.“ Von nun an herrschte ein heimliches Einverständnis zwischen mir und ihr und ich verließ das Zimmer nur, wenn sie kam.

Eines Tages sagte ihr meine Großmutter spöttisch: „Wenn Sie einmal eine zwölfjährige Wochenpflegerin brauchen sollten, dann wissen Sie wenigstens, an wen Sie sich zu wenden haben.“

„Frau Balcourt könnte gar keine bessere finden,“ sagte die würdige Dame kühl.

Von dem Tage an war der Krieg zwischen meiner Großmutter und mir erklärt. Sie demütigte mich, ich lehnte mich auf, aber ich war verbittert und von dem Wunsche belesen, mich für alle Erniedrigungen, die sie mir angetan hatte, zu rächen.

Die sonderbaren Worte meiner Mutter hatten mich überzeugt, daß ihr eine Gefahr drohte. Nun will ich berichten, wie sich die' er Verdacht in Gewißheit verwandelt hat.

Eines Morgens erhielt die Großmutter einen Brief von meiner Tante, den sie sehr aufmerksam las, dazu nickte sie zustimmend mit dem Kinn. Das Mädchen kam herein und teilte meiner Großmutter mit, daß sie eine Kristallschüssel zerbrochen hatte.

„Sie sind eine dumme Gans,“ schrieb Frau Bonnard und stürzte hinaus, um mit eigenen Augen den Schaden zu besehen. In der Eile ließ sie den Brief der Tante liegen, ich war allein im Zimmer und las rasch den kurzen Brief. Ein Satz ist mir im Gedächtnis geblieben: „Schade, daß der neugeborene Wasserkopf nicht gestorben ist.“

Mein Verdacht war nun zur Sicherheit geworden: Großmutter und Tante wollten meinen kleinen Bruder und die Mutter vergiften.

Ich liebte dieses kleine, schwache Wesen, das wir Paul genannt hatten und hatte mir vorgenommen, ihm den Vater, den er nicht kannte, zu ersetzen. Hoffte ich ja, daß er ihn nie kennen lernen sollte.

Monate vergingen, unsere Lage wurde schlechter und schlechter. Immer wieder enttäuschte Hoffnungen, denn niemals kam eine Geldsendung vom Vater, fortwährende, tägliche Vorwürfe. Bald legten sich Großmutter und Mutter nicht mehr den geringsten Zwang auf. Es gab schreckliche Szenen, während derer Frau Bonnard Nervenanfälle bekam; eine Viertelstunde lang stieß sie unartikuliert Schreie aus. Die Mutter lief in ihr Zimmer, schloß sich ein und schluchzte. Nach diesen Szenen sprachen sie vierundzwanzig Stunden kein Wort miteinander, dann veröhnten sie sich ohne weitere Aussprache, bis zu dem Augenblick, wo ein unvorsichtiges Wort einen neuen Sturm entfesselte.

So oder ähnlich begannen meistens die Szenen. Wir essen, man spricht vom schönen Wetter, vom Regen, vom Weinberg.

Frau Bonnard, ruhig: „Dieses Jahr werden wir eine gute Ernte haben.“

Die Mutter, ruhig: „Man sollte vielleicht einen Teil verkaufen.“

Frau Bonnard, ruhig: „Ja.“ Dann plötzlich sehr erregt: „Ja, ich muß verkaufen, weil dieser Kerl, der dein Mann ist, mich zugrunde gerichtet hat.“

Die Mutter, heftig: „Ich will nicht, daß du vor den Kindern so sprichst.“

Frau Bonnard: „Du kannst mir nicht verbieten, die Wahrheit zu sagen.“

Und die bitteren Worte solaten einander bis zur Schlussszene: Schreie, Läutenwerfen, Schluchzen.

Zuguterletzt war meine Großmutter dieses Höllendaseins doch überdrüssig und sahte den Entschluß, sich, wie sie es nannte, „ins eigene Fleisch zu schneiden.“ Das heißt, sie schnitt meiner Mutter ein paar alte Möbel: drei Betten, ein Kanapee, einen Tisch, vier Sessel, einen Waschtisch, dazu gab sie ihr zweihundert Franken und wir fuhren nach Genf zurück, wo meine Mutter, so wie vor zwei Jahren, versuchen wollte, unseren Lebensunterhalt durch englische Vorträge zu verdienen.

Licht und Schatten.

Die Rückkehr nach Genf kam uns wie ein schönes Märchen vor, wir hatten dort unsere liebsten Erinnerungen zurück-

gelassen. Boll Hoffnung trafen wir ein und wir waren fest entschlossen, unser irdisches Leben von früher wieder aufzunehmen.

Ein schöner Traum!

Die Stadt war wohl unverändert, aber wir hatten uns geändert. Meine Mutter kam verbittert, gebrochen zurück, in ihren Hoffnungen betrogen. Allerlei Verdrießlichkeiten folgten uns. Wir mieteten eine Zweizimmerwohnung mit Küche und hatten sie bald in Ordnung gebracht. Trotz aller Sorgfalt, die meine Mutter daran wendete, das neue Heim recht behaglich zu machen, war es doch eine Armeeutewohnung: Bierier Stuhl, Dachzimmer, alte Möbel, die an unserem früheren Leben keinen Teil hatten und die wir nicht mochten, weil wir wußten, woher sie kamen; Stühle mit wackligen Beinen, knarrende Betten, ein abgenutztes damastüberzogenes Kanapee, das meine Mutter schaudern machte und ein Waschtisch, dessen Marmorplatte auf dem Transport zerbrochen war. Graue, gelbgemusterte Tapeten vervollständigten den Eindruck der Armseeligkeit. Um alledem die Krone aufzusetzen, war die Wohnung sehr feucht, die Kleidungsstücke schimmelten in den Schränken, die Möbel, die fortwährend der Nässe ausgesetzt waren, wiesen bald viele Schäden auf; wir hatten nicht das nötige Geld, um sie wieder instand setzen zu lassen, noch um in eine andere Wohnung zu ziehen und so blieben wir, bis ... doch ich greife vor.

Einige Tage nach unserer Ankunft begann meine Mutter neue Vorträge zu suchen und gab ihr letztes Geld für Anzeigen aus. Nach vielen Laufereien fand sie endlich fünf Schüler. Unsere Einnahmen betrugen ungefähr hundert Franken. Gerade so viel hatte sie zwei Jahre früher verdient, doch die Miete war teurer geworden und die Großmutter schickte nichts mehr.

Aber auch unser Familienleben war nicht mehr so, wie bei unserem ersten Aufenthalt in Genf. Seit den Jahren, die wir in Evian verbracht hatten, war uns eine tiefe Bitterkeit, ein instinktives Mißtrauen gegen alle Menschen, auch die uns wohlwollenden, zurückgeblieben. Eine dumpfe Neurose hatte sich der Mutter bemächtigt. Sie verlor leicht die Geduld und oft eskalierten ihr ganz ohne Ursache harte Worte. Manchmal war sie den ganzen Tag schweigsam und am Abend brach sie in ein Schluchzen aus, das ihren ganzen Körper erschütterte. Dann legte ich ihr die Arme um den Hals.

„Mama, was hast du denn? Bitte, sag mir's doch!“ Sie schluchzte noch heftiger und erwiderte mit herzerweichender Stimme: „Du kannst es ja nicht verstehen.“ (Fortsetzung folgt.)

Kaisers Stieffchwester.

Gefängnis für eine 73jährige Hochstaplerin.

Die Dummen werden nicht alle — und gibt es einen besseren Köder als „Universitätsbibliothek“? Da konnte man zum Beispiel während der letzten acht Jahre im Bezirk Friedrichshagen eine 73jährige Frau beobachten, die hilflos am Fahrdamm stand und danach auslachte, ob nicht jemand ihr über die Straße helfen würde. Würde ihr die Hilfe zuteil — und wer würde sie einer 73jährigen Frau abschlagen —, da stoh sie in Dankesworten über sie ging nach ein Stückchen mit ihrem Schutzhengel, klagte über ihr Alter und ihre „Blindheit“: wie grausam ist doch solch ein Schicksal einer einsamen 73jährigen Greisin — trotz aller Brillanten, der Bankguthaben, der Willen und Güter. Was tut's, daß ihr Vater der Landrat u. Winter war, ihr Mann ein Landgerichtsrat und eine Tochter, mit der sie einzigweil ist, Gattin eines Anwalts ist? Wenn nun jemand sich ihrer annehmen wollte, ihr Pflege, Essen und Trinken angedeihen ließ — o, sie mühte sich schon dankbar zu erweisen; die Unversierbarkeit wäre dieser Wohlthäterin sicher! Sollten sich da nicht Respektantinnen auf diese Unversierbarkeit finden? Sie fanden sich in Fülle. Die eine sorgte für die 73jährige Anna Gille — ihr Name soll hier genannt werden — fünf Jahre lang, verausgabte für sie 3600 M.; die alte Dame dachte aber gar nicht daran, zu sterben und suchte sich schließlich ein neues Opfer. Eine andere ließ es sich an Speise und Trank über 300 M. kosten. Die 73jährige wünschte aber „Gnädige Frau“ tituliert zu werden, erzählte, sie sei die „Stieffchwester des Kaisers“ und habe seit jeher mit Fürsten und Grafen verkehrt; sie veranlaßte eine ihrer Wohlthäterinnen, in der Höpman-Brauerei einen Saal für ein Diner, das sie 32 Fürstlichkeiten geben wollte, zu mieten; brachte eine andere dazu, ihr Gesellschaftsschuldchein auszuscheiden. Die sie einführte; erstattete gegen eine dritte Strafanzeige wegen Diebstahls ihres Silbers, das sie ihr geschenkt hatte — es erfolgte eine Verurteilung zu 6 Wochen Gefängnis —; führte die Mißtrauischen in einem Falle zu einer Villa, die sie als die ihre bezeichnete, im anderen Falle zu einer Bank, wo sie angeblich einen Safe haben wollte; verkaufte ihre verpackten Möbel, ließ sich zweimal für ein verkauftes Klavier bezahlen, vermietete ihre Wohnung einer ihrer Wohlthäterinnen, um hinterher von ihr Essen zu verlangen — und allen verlor sie die Unversierbarkeit. Erstattete man gegen sie Anzeigen bei der Polizei, es half nichts; strengte man Prozesse an, so verlor man sie stets. Und so ging es Jahre hindurch, bis sich schließlich ein beherzter Mann fand und die alte Frau vor den Strafrichter brachte.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte war die Angeklagte zur Verhandlung gefahren nicht erschienen. Sie hatte sich ein Krankheitsattest ausstellen lassen. Die 73jährige wurde zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt; auch ein Haftbefehl wurde gegen sie erlassen. Wäre es nicht richtiger gewesen, sie psychiatrisch zu untersuchen und sie wegen Altersschwäche in eine Anstalt unterzubringen?

Um den Berliner Haushalt.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Die in diesen Tagen verbreiteten Mitteilungen, daß der Magistrat eine Erhöhung der Tarife für Gas, Wasser und Elektrizität beabsichtigt oder beschloßen habe, treffen insofern nicht zu; die Frage der Wertstarke im Magistrat bisher noch nicht erörtert worden ist. Richtig ist lediglich, daß der Ausgleich des Haushalts in Berlin, wie auch in den übrigen Städten in diesem Jahre auf außerordentliche Schwierigkeiten stößt und daß sich deshalb auch die Einbringung des Haushalts in der Stadtverordnetenversammlung in unerwünschter Weise verzögert. Mehrere Magistratsausschüsse sind noch bei der Prüfung, inwiefern bei verschiedenen Ausgabegebieten noch weitere Kürzungen der Ausgaben möglich sind. Die Einbringung des Haushalts in der Stadtverordnetenversammlung wird deshalb voraussichtlich erst in der ersten Hälfte des März erfolgen können.

Ostpreussisches von einem Stadtrat.

Zu unseren in Nr. 9 vom 6. Januar gemachten Mitteilungen über das städtische Gut Hohrechtsfelde, wo die Schnitter streikten, weil sie sich mit nassem Holz behelfen sollten, ist uns von der Direktion der Städtischen Güter-G. m. b. H. durch das Nachrichtenamt des Magistrats eine Ermöderung zugegangen. Die Direktion erklärt:

Auf den städtischen Gütern, auch in Hohrechtsfelde, erhalten die Schnitter neben Holz noch Briketts zum Heizen. Es ist somit nicht wahr, daß die Schnitter in Hohrechtsfelde tagelang keinen Raum heizen und kein Essen haben können. Wahr ist, daß das Holz der Schnitter in einem geräumigen Holzschuppen liegt, wohnt es vom Walde gefahren wird. Es ist selbstverständlich, daß, wenn das Holz frisch aus dem Walde kommt, es bei diesem dauernden Regenwetter nicht sofort trocken sein kann, daher bekommen die Schnitter auch noch Briketts, die im Keller des Vorrichters liegen, dem die Verteilung übertragen ist. Die Schnitter haben jeden Tag ihren Raum heizen und ihr Essen kochen können, so daß sie keinen Grund hatten, deswegen zu streiken.

Wir wollen diese Antwort der Güterdirektion ergänzen durch die Feststellung, daß nach dem Streik der Schnitter ein weniger nasses Holz geliefert worden ist, Brennschwarten aus dem Sägemehl. Auch sie waren nur halb trocken, doch gegenüber dem früheren Zustand konnte das immerhin als ein Fortschritt gelten, der auf den „Vorwärts“-Artikel zurückgeführt wurde. Die Briketts, von denen die Direktion spricht, können als Ersatz für nasses Holz dienen, aber dazu müßten sie immer in genügender Menge vorhanden sein. Gelfert hat man für eine große Stube nur 8—10 Stück Briketts, und wenn die Verwaltung keine Briketts mehr vorrätig hatte, blieb selbst diese bescheidene Lieferung aus, so daß doch wieder nasses Holz als einziger Brennstoff genommen werden mußte. Die Güterverwaltung hat, indem wir, sich mit dieser Erklärung keineswegs so rein gewaschen, daß sie nun wie ein blütenweißer Injunktengel dastände.

Für Hallenbad und Freiluftschwimmbad.

Am Dienstag fand im Blumenpark in Oberschöneweide eine von dem Ortsauschuß für Leibesübungen und Jugendpflege unter dem Vorsitz des Herrn Sommerfeld einberufene Protestversammlung gegen die Streichung des Volkshallenbades im Etat unter sehr harter Beteiligung aller Bevölkerungsteile von Ober-, Nieder- und Johannisthal statt. Das ausführliche Referat des Bezirksverwalters Bruno W. und die Darlegungen des Stadtarztes Dr. Roder, ergänzt durch Wünsche aus der Mitte der Versammlung, welche Bezirksverwalter Lehmann und Herr Bessier zum Ausdruck brachten, führten zur Annahme folgender Entschloßung: „Die am 14. Februar im Total-Garig-Blumenpark Oberschöneweide, tagende öffentliche Versammlung erhebt energischen Protest gegen die Ablehnung des für den 15. April so notwendigen Hallenbades. Die Versammlung verlangt, daß aus hygienischen Gründen und im Interesse der Volksgesundheit mit dem Bau des Hallenbades sofort begonnen wird. Sie verurteilt das Nichterscheinen der besonders geladenen Vertreter des Magistrats und sonstiger städtischer Stellen.“

In Johannisthal sind, wie wir hören, Bestrebungen zur Gründung eines Freiluftschwimmbades in Johannisthal im Gange. Die Initiative des Oberbürgermeisters Böhm, der doch sonst dem Sport in jeder Form ein Förderer ist, sollte dem noch immer vernachlässigten Südküste Berlins nachdrücklich zur Erfüllung der Wünsche der wertvollsten Bevölkerung sowie der Kranken zu Hilfe kommen, und zwar um so mehr, als Wohnungs-

Eine Spur des Mädchenmörders?

Erfolgreiche Feststellungen der Kriminalpolizei.

In der Aufklärung des Pankower Verbrechens ist die Nordkommission jetzt einen wesentlichen Schritt vorwärts gekommen. Wie sie feststellte, hat sich Margarete Keding am Sonnabend um 6 1/2 Uhr bei Berthel in der Leipziger Straße in der Kleidung, in der sie morgens um 3 Uhr ermordet aufgefunden wurde, photographieren lassen, um ein Abbild zu bekommen. Dieses Bild zeigt in großer Menge vervielfältigt und voraussichtlich für die weiteren Ermittlungen gute Dienste leisten.

Nachdem sie mit einem Manne, der ebenfalls ermittelt ist, im photographischen Atelier einige Worte geredet hatte, begab sich das Mädchen nach der Spielwarenabteilung und kaufte dort für 1,75 M. den kleinen hellbraunen Leddbären, den man später bei der Leiche fand. Sie muß dieses Ding also schon den ganzen Abend über bei sich getragen haben. Aus Bekundungen anderer Zeugen ist festgestellt worden, daß Margarete Keding mit einem Manne, den sie in oder vor dem Warenhaus getroffen haben muß, die Leipziger Straße hinunter gegangen, in die Friedrichstraße eingebogen ist und mit ihm dort einen Schiner-Ausgang besucht hat. Dieser Mann ist etwa 1,75 bis 1,80 Meter groß, hat ein mageres Gesicht, blondes Haar und einen englisch gestutzten Schnurrbart und trägt einen schwarzen Paletot mit Samitragen. Ein anderer Zeuge sah nicht lange vor dem Morde in der Stubnitzstraße in Pankow ein Paar Arm in Arm auf und ab gehen. Er hat in dem Bilde die Ermordete wiedererkannt, und seine Beschreibung ihres Begleiters paßt wieder auf den Mann, mit dem sie bei Schinger war. Er hat auch gehört, wie das Mädchen den Mann fragte: „Hast du auch wirklich Arbeit?“ Endlich hat die Nordkommission festgestellt, daß die Keding am Sonnabend abend in einem Tanzlokal in Tegel gewesen ist, wieder mit einem Begleiter, auf den die Beschreibung paßt, also wohl sicher mit dem Manne, mit dem sie bei Schinger war und mit dem sie kurz vor ihrem Tode Arm in Arm ging. Der Wirt erinnert sich bestimmt des weiblichen Gastes mit dem rotbraunen aus Seide weitausgegebältesten Jumper, durch den es weiß durchschimmerte. Er weiß auch, daß dieses Paar alle drei letzten Sonnabende bei ihm getanzt hat. Am vergangenen Sonnabend fragte ihn das Mädchen, wann der letzte Zug nach Pankow gehe. Bevor er noch Auskunft geben konnte, fiel der Begleiter mit den Worten ein: „Lust nur, wir fahren mit dem Wagen nach Pankow.“ Wann das Paar das Lokal verlassen hat, kann der Wirt nicht sagen. Wer

ist nun der Begleiter? Welcher Chauffeur hat in der Nacht zum Sonntag ein Paar von Tegel nach Pankow gefahren? Wer kann weiter über den Verkehr der Ermordeten Auskunft geben? Schnellige Mitteilungen nach allen Richtungen erbitten die Kommissare Johannes Müller und Dr. Brachwig im Zimmer 195 des Polizeipräsidiums.

Für die Aufklärung des Kapitalverbrechens an der Hausangestellten Margarete Keding konnte die Nordkommission im Laufe des gestrigen Abends, wie uns zu später Stunde mitgeteilt wird, weitere wichtige Feststellungen machen. Es meldete sich ein junger Mann, ein gewisser Kurt M. aus der Berliner Straße zu Charlottenburg, der über ein eigenartiges Erlebnis berichtete. M. besuchte mit mehreren Freunden in der Sonnabendnacht das Café am Rnie. Die Gesellschaft, die dort gegen 1 Uhr eintraf, war sehr lustig und wohl auch nicht mehr ganz nüchtern. Die jungen Leute schenkten den anderen Gästen wenig Aufmerksamkeit und unterhielten sich nur unter sich. Gegen 3 Uhr brachen sie auf und M. ergriff, ohne erst lange hinzusehen, einen Mantel vom Garderobeständer und zog ihn an. Am Sonntagvormittag gegen 10 Uhr, als der junge Mann noch im Bett lag, meldete man ihm einen älteren Herrn, der ihn zu sprechen wünschte. Der Besucher wurde eingelassen und erzählte nun, daß er im Auftrag seines Unternehmers mit einer Bitte komme. Sein Vermieter habe nämlich bei der Heimkehr entdeckt, daß er einen fremden Mantel angezogen habe. Aus den Papieren, die man in den Taschen fand, habe man die Adresse des jungen M. festgestellt und er bitte nun, die Mantel austauschen zu dürfen. M., der noch ziemlich müde war, ließ den Besucher bei dem Austausch gewähren und sah auch seinen zurückgebrachten Mantel nicht näher an. Erst als er ihn am Nachmittag für einen Ausgang brauchte, machte er eine entsetzliche Entdeckung. Die Brustseite des Mantels war über und über mit Blut bespritzt und an den Ärmeln war der Stoff des Futteres von Blut ganz steif. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß das Blut auf dem Mantel mit dem Morde nichts zu tun hat, sondern auf irgendeinen anderen Umstand zurückzuführen ist. Es wäre daher wünschenswert, wenn der Zimmerherr des älteren Mannes sich bei der Nordkommission melden würde. — Eine Durchsuchung der Sachen der Ermordeten förderte einen kleinen Notizzettel, auf dem die Worte: „Otto Berg, Danziger Straße, 6 Uhr“ vermerkt waren. Offenbar handelt es sich dabei um eine Verabredung des Mädchens.

Bode- und Arbeitslöhne gerade hier vor den Toren Berlins sehr groß sind und die Fabrikanten mit ihren Dünsteln die Gesundheit der Bevölkerung und der Jugend täglich schädigen.

Der Raubüberfall des Dr. rer. pol.

Ein mildes Urteil.

Es mag paradox scheinen: Raubüberfälle in der Großstadt sind zum Überraschend großen Teil Verbrechen von Neulingen. Im Falle des Doktors rer. pol. U., der am 30. Juni in der Dessauer Straße den Kassenboten der Landbank überfiel, trifft dies zu. Es ist nicht schwer, den äußeren Gedankengang zu rekonstruieren, der zu seiner Tat geführt hat. Mehr Kopfzerbrechen machte der Versuch, die tieferen seelischen Mechanismen aufzudecken, die den Vorstellungsreis des räuberischen Planes in ihm bewirkt werden ließen.

Der Beweisaufnahme in der gestrigen Gerichtsverhandlung gelang dies nicht in vollem Umfang; die psychiatrischen Sachverständigen Dr. Kronfeld und Dr. Bürger begnügten sich allein mit aufschlußreichen Andeutungen. Die Wurzeln zu diesem eigenartigen Verbrechen werden wohl in der frühen Kindheit zu suchen sein. Hier waren es die minderwertigsteigefühle eines Musterknaben, in dem seither Geltungsbedürfnis Ueberwertigkeitsideen produziert. Trifft also hier etwa den Musterknaben in dem Dr. rer. pol. U. die Verantwortung für den verfluchten schweren Raub? War er nicht stets Primus im Gymnasium, hatte er es im Kriege nicht zum Reiterleutnant und zu Auszeichnungen gebracht; war es ihm nicht gelungen, in kurzer Zeit sein Studium zu beenden und 70 000 M. während seiner Bankbeamtenzeit aus dem Nichts heroorzuzaubern und unterfügte er nicht als Musterknabe seine Eltern, Bauern, denen Geld mehr bedeutete als die Liebe ihres Sohnes? Besitzt er nicht seine Schwester, um deren Wohlwollen zu gewinnen? Und schließlich sah er nun durch die Lüste des Schicksals seine ganze Weltanschauung des Musterknaben in nichts zusammenstürzen. Seine Eltern hatten ihn in der Not im Stich gelassen, obgleich er ihnen einen Teil seines Vermögens gegeben hatte. Die Mutter hatte ihn verstoßen um seiner Ehe willen. Seinen Freunden war er Schuldner geworden, nachdem er vordem ihr Gläubiger gewesen war. In den Augen seiner Schwiegereltern galt er nichts. Seine Frau rief ihm zwischen Schreikrämpfen

zu: „Wenn Du keinen anderen Ausweg weißt, kannst Du Dir das Leben nehmen.“ Das zu tun wäre aber zu feige gewesen. Er mußte zeigen, daß er Mann ist und da streifte den früheren Bankbeamten leise der Gedanke: Ungezähnte Millionen liegen hier in der Reichsbank brach und ich gehe ohne Pfennig zugrunde. Ein Rostkornfomgedanke. So hat das Geltungsbedürfnis des Musterknaben den Doktor rer. pol. zum Räuber gemacht. Das Gericht fand volles Verständnis für die Tragik dieses Schicksals. Es beließ dem Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte und verurteilte ihn nur zu zwei Jahren einem Monat Gefängnis. Eine Bewährungsfrist nach Verbüßung eines gewissen Teiles der Strafe wurde andeutungsweise in Aussicht gestellt. Aber sind in ähnlichen Fällen nicht andere ins Zuchthaus gewandert? Die Wandlung ist zu begrüssen; die gleiche Milde möchte man in Zukunft auch armen Lesern gegenüber angewendet wünschen. Das milde Urteil gegen den Dr. U. ist übrigens von der Kammer Marxhner gefällt worden.

Leichenfund im Schlachtensee.

Einen seltsamen Leichenfund sucht die Nordkommission der Kriminalpolizei aufzuklären. Der Schlachtensee ist seit drei Wochen zugefroren, die Eisdecke ist jetzt 6 Zentimeter stark. Als Fischer sie gefrieren — Dienstag vormittag — begingen, erblickten sie etwa 8 Meter vom Südufer entfernt gegenüber der Neuen Fischerhütte die Leiche eines Mannes, dessen Kopf in das Eis eingefroren war. Sie zerstückten die Decke rings um die Leiche herum, zogen sie aus dem Wasser heraus und sahen jetzt, daß sie eine fingerstarke 10 Meter lange Wäscheleine um den Hals geschlungen hatte. Die vorläufige Besichtigung der Leiche hatte nach keiner Richtung ein bestimmtes Ergebnis. Insbesondere läßt sich noch nicht sagen, ob der Mann etwas an Händen und Füßen gefesselt gewesen ist. Auch die Todesursache kann erst durch Obduktion festgestellt werden. Durch Nachforschungen der Kriminalpolizei ist die Person des Toten festgestellt. Es handelt sich um einen 41 Jahre alten Albert Fricke aus der Deuthenstraße zu Schöneberg, der als Kontorist in einem diesigen größeren Betriebe angestellt war. Im November v. J. wurde entdeckt, daß Fricke sich hatte Unterschlagen zugehen lassen. Ehe er noch zur Rechenschaft gezogen werden konnte, verschwand er aus seiner Arbeitsstelle und seiner Wohnung und war trotz aller Nachforschungen nicht zu finden. Ohne Zweifel hat er aus Furcht vor Strafe noch am selben Tage, als seine Veruntreuungen aus Licht kamen, die Wäscheleine gestaut, ist in den Grunewald gefahren und hat seinem Leben selbst ein Ende gemacht. Die Leiche war so um den Körper gewickelt, daß der Selbstmörder am Schwimmen gehindert war. Auch die gerichtsarztliche Besichtigung durch Prof. Froentel ergab, daß der Tod durch Ertrinken eingetreten ist. Ein Verbrechen liegt demnach nicht vor.

Feuer auf dem Dach des Usa-Palastes.

Von mehreren Seiten zu gleicher Zeit wurde gestern abend die Feuerwehr nach dem Usa-Palast in der Hardenbergstraße gerufen. Die Isolation der Lichtreklame auf dem Dach des Hauses war unter starker Flammenbildung und Rauchentwicklung in Brand geraten. Die Feuerwehr erschien sofort mit drei Wägen und beseitigte die Gefahr nach kurzer Zeit. Der Vorfall hatte in der verkehrsreichen Gegend eine große Menschenansammlung zur Folge.

Neue Straßennamen. Mit Zustimmung des preussischen Ministeriums hat der Polizeipräsident die nachstehend aufgeführten Straßen und Plätze im Polizeibezirk Berlin folgendermaßen benannt: Bezirk Kreuzberg: Die verlängerte Charlottenstraße und den Endeplatz „Endestraße“. Bezirk Charlottenburg: Den Subienweg in der Villenkolonie Heerstraße „Rosminweg“. Bezirk Wilmersdorf: Die Spandauer Straße im Ortsteil Schmögenstraße „Berthastraße“. Bezirk Zehlendorf: Im Ortsteil Zehlendorf die Straße A „Nachtstraße“, die Straße 205 „Dachstraße“, die Straße 301 „Boidestraße“, die Straße 303 „Eisensteinstraße“, den südlichen Zweig der Godelung der

Ein großer Prozenttag aller Krankheiten

ist nur eine Folge von Stuhlverstopfung. Frühe bekämpfte man die Symptome, heute bekämpft man die Ursache. Womit? Mit Lugin, diesem einzigartigen, wohlgeschmeckenden Konfekt, das alt und jung, groß und klein, gern nehmen und das in seiner Wirkung wunderbar, ohne irgendwelche schädigende Nebenwirkungen ist. Lugin hilft nicht nur einmal, es regelt immer.

Funkwinkel.

Die Bearbeitung von Schillers „Wallenstein“ für den Rundfunk war ein Unternehmen, das schicksalhaft mied. Das Drama mit seinen bunt wechselnden Szenen braucht die Bühne; auch Arnold Bronnen konnte es davon nicht loslösen. Bieleicht wären die zehn Bilder, auf die er die Trilogie zusammengezeichnet hat, auf der Sprechbühne wirksam. Bisweilen ist eine starke Steigerung des Schillerischen Wallenstein-Begriffs darin erreicht. Doch aber die Bearbeitung ausdrücklich als für die Sendebühne hergestellt bezeichnet wird, zeigt, wie sehr man ihre Wirkungsmöglichkeit verkennt. Es gibt Werke, bei denen eine solche Bearbeitung Sinn hätte. Gerade für dieses Werk aber war sie unsinnig. Die gute Fassung, Eugen Klopfer als Wallenstein, Paul Bildt als Quastenberg an der Spitze, stand auf verlorenem Posten. — In einem interessanten Punkt war die Vortragsreihe Prof. Dr. Georg Wegeners, „Die Entdeckungsgeschichte der Erde“, angelegt; es wurde „Das Zeitalter des Kolumbus“ behandelt. Dieser Abschnitt der spanischen und portugiesischen Weltreisen um die Wende des 15. Jahrhunderts ist einer der abenteuerlichsten in dem bunten Buch der Weltgeschichte. Prof. Wegener wußte die Fülle der Tatsachen so zu bringen, daß trotz der knappen Zeit der Stoff nie farblos wirkte. — Ein Goethe-Vortrag am Nachmittag erinnerte an das verstaubte Schulideal „Goethe in allen Lebenslagen“. Die Ausführungen Dr. Siegfried Ranemanns über „Goethe, ein Freund des Falschgingäubers“ wirkte wie ein leuchtiger, untrübsamer Aufschlag, obwohl sich das Thema auch anders hätte gestalten lassen. — Es sei einmal hier die Frage gestellt, wem die „Stunde mit Büchern“ dient. Ist es bezahlte Reklame, werden also hier nur die sogenannten „Baldgeitler“ der Verlage verlesen, so sollte das den Funkhörern mitgeteilt werden. Jedenfalls werden alle angebotenen Bücher hier empfohlen, Kritik scheint man nicht zu üben. Die Neuerungselmung: Kaiser Wilhelm II.: „Aus meinem Leben“ hält z. B. der Sprecher des Rundfunks nicht nur für Geschichtsinteressierte für lesenswert, sondern für alle, die Freunde von Anekdoten und Schilderungen sind — ein Standpunkt, den vielleicht nicht alle Hörer in der Republik Deutschland teilen. Aber vielleicht kaufen sich doch einige auf Grund der Funkempfehlung das nette Unterhaltungswerk!

Schiffstraße, „Schiffstraße“, die Straße 322 „Schiffenstraße“, die Straße 6 „Gartstraße“, die beiden Verbindungswege zwischen Bobbiestrasse und Poststraße „Pechüleerplatz“.

Beamtenrecht.

Zu unserem Bericht über die Beamtenversammlung, in der Senatspräsident I. K. Genosse Freymuth über obiges Thema sprach, wird uns von einem parteigenössischen höheren Beamten geschrieben:

Als Diskussionsredner sprach in der Versammlung Genosse Rechtsanwalt Dr. Wendig, der in seinen Ausführungen ein „Beamtenrecht als Teil des Arbeitsrechtes“ forderte. Genosse Dr. Wendig zeigte mit seiner Einbeziehung des Beamtenrechtes in das Arbeitsrecht den für einen erfolgreichen Sozialismus einzig möglichen und gangbaren Weg der Entwicklung, um so mehr, als im Beamtenprogramm unserer Partei ausdrücklich die Eingliederung des Beamtenrechtes in das allgemeine Arbeitsrecht gefordert wird. Wendig wies u. a. nach, wie sehr heute bereits die Beamten der unteren Gruppen, die bei weitem die Mehrzahl der gesamten Beamtenschaft bilden, infolge ihrer langjährigen Rindbarkeit unter genau festgelegten Voraussetzungen dem Sozialrecht (Krankenversicherung, Invalidenversicherung, Angestelltenversicherung) unterstehen. Besonders deutlich ist dies hervorgetreten bei dem erst in letzter Zeit geschaffenen gesetzlichen Schutz gegen kurzfristige Kündigung von Angestellten dadurch, daß diese gesetzliche Bestimmung auch auf die kündbaren Beamten anzuwenden ist. Die untere Beamtenschaft, die zum großen Teil z. B. bei Eisenbahn, Post und Zoll aus der vorwiegend freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft hervorgeht und mit einer vieljährigen Rindigungs-Beamtenzeit rechnen muß, kann eine Besserung ihrer rechtlichen Stellung nicht in einer für die oberen Beamten wertvollen Regelung der Beamtenrechte (wie sie die Abtrennung vom Arbeitsrecht bedeuten würde) erhoffen. Die Versammlung verlangte eine Abänderung des Beamtenprogramms unserer Partei dahingehend, daß das Beamtenrecht zukünftig mit dem Arbeitsrecht nicht mehr gemein haben soll. Diese Anregung geht Wünschen nach, die große Gefahren in sich bergen. Beamte, Angestellte und Arbeiter gehören zu dem Teil des Volksganzen, der allein seine Arbeitskraft zum Erwerb eines ausreichenden Unterhaltes zur Verfügung hat. Sie müssen deshalb aus gemeinschaftlichem Interesse eine gemeinsame Grundlinie für ihre Rechte und Pflichten gegenüber dem Staat und der Volkswirtschaft schaffen und verteidigen.

Der Standpunkt des Genossen Wendig deckt sich in allen Punkten mit dem des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der freigewerkschaftlichen Beamtenpionierorganisation.

Zum Schutz mißhandelter Kinder.

Aus Anlaß eines auch im „Vorwärts“ besprochenen Prozesses gegen ein Ehepaar, das ein mehrjähriges Kind gequält und mißhandelt hatte, schreibt uns der „Berein zum Schutz der Kinder vor Ausnutzung und Mißhandlung“:

„Immer wieder Kindermißhandlungen! Warum ist diese Schmach nicht auszurotten? Weil das Publikum nicht weiß, wohin es sich um Hilfe zu wenden hat. Es sei darauf hingewiesen, daß alle Fälle körperlicher und sittlicher Gefährdung von Kindern, außer bei den Behörden, zu melden sind beim Verein zum Schutz der Kinder vor Ausnutzung und Miß-

handlung, Berlin C., Poststraße 13, vorn 1 Treppe. (Telephon: Zentrum 2490, Bürozeit von 8 bis 4 Uhr.) Dieser Verein nimmt Anzeigen mit oder ohne Namensnennung des Mißhandlers schriftlich, mündlich oder telephonisch entgegen. Die Unabhängigkeit von behördlichen Vorschriften, sein eigenes Kinderheim und andere Hilfsmittel ermöglichen es ihm, sofort einzugreifen.“

Wir fügen hinzu, daß auch jedes Bezirksjugendamt (zu erfragen beim Bezirksamt) Anzeigen von Mißhandlungen entgegennimmt und schleunigst das Nötige veranlaßt.

Wintersportsonderzug ins Riesengebirge.

Die Reichsbahndirektion Berlin beabsichtigt, am 19. und 20. Februar bei günstigem Wintersportwetter und genügender Beteiligung einen Sonderzug 4. Klasse zu ermäßigten Fahrpreisen ins Riesengebirge zu fahren. Die Hinreise erfolgt am Sonntag, dem 19. Februar, ab Bahnhof Friedrichstraße 1.28 Uhr nachm., Ankunft in Bad Hünfeld 8.14 Uhr abends, Hirschberg 7.34 Uhr, Oberschreiberhau 9.01 Uhr, Krummhübel 8.58 Uhr; Rückreise am Sonntag, dem 20. Februar, ab Krummhübel 5.10 Uhr nachm., ab Schreiberhau 4.58 Uhr nachm., ab Hirschberg 6.20 Uhr nachm., ab Hünfeld 5.37 Uhr nachm., Ankunft in Berlin Bahnhof Friedrichstraße 12.10 Uhr nachts. Die Fahrpreise für Hin- und Rückfahrt betragen nach Bad Hünfeld 13 Mark, Hirschberg 12.60 Mark, Oberschreiberhau 14 Mark, Krummhübel 15 Mark. Der Fahrkartenverkauf beginnt am Dienstag, dem 15. Februar, bei der Fahrkartenausgabe des Bahnhofs Friedrichstraße und den RM-Bureaus Potsdamer Bahnhof, Bahnhof Friedrichstraße, Kaufhaus des Westens und Unter den Linden 57-58. Bei den Fahrkartenausgaben werden unverbindliche Annahmungen für die Uebernachtung entgegengenommen.

Todessturz vom Brandenburger Tor. Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern nachmittag auf dem Brandenburger Tor, an dem bekanntlich Ausbesserungsarbeiten vorgenommen werden. Der 53jährige Poller Lange, der in der Bismarckstr. 41 zu Pantow wohnt, verlor plötzlich den Halt und stürzte von dem Gerüst aus etwa 15 Metern Höhe in die Tiefe. Er verstarb noch bevor Hilfe zur Stelle war. Die Bauleitung soll an dem Unfall keine Schuld treffen. Er scheint vielmehr das Opfer eigener Unvorsichtigkeit geworden zu sein. Der Verunglückte hinterläßt vier Kinder.

Im Nebel verirrt und ertrunken. Der 27jährige Buchhalter Walter Weizel aus Gohm bei Potsdam, der in Werder beschäftigt war, benutzte gestern früh im Nebel, um den Weg nach Werder abzukürzen, die überschwemmten und zugestorenen Wiesen bei Gohm. Dabei geriet W. im Nebel auf den Jernsee. Die dünne Eisdicke gab nach und W. ertrank in den kalten Fluten.

Kindertod auf der Straße. Ein folgenschwerer Strohmannfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich gestern nachmittag vor dem Hause Kneisebeckstr. 18. Die siebenjährige Ella Thiele aus der Kneisebeckstr. 35 wurde beim Ueberschreiten des Fahrweges von einem Privatkraftwagen umgerissen. Die Räder gingen über das unglückliche Kind hinweg, das in schwerverletztem Zustande durch einen Wagen des Städtischen Rettungswesens in das Budower Krankenhaus geschafft werden mußte. Die Verletzungen waren aber so schwerer Natur, daß der Tod kurz nach der Einlieferung eintrat. — Ein weiterer Unfall trug sich vor dem Hause Prenzlauer Allee 66 zu. Der siebenjährige Wolfgang Kuschalitz aus

der Hildener Straße 1 ließ blindlings in einen Autobus der Linie 30 hinein. Der rechte Fuß wurde dem bedauernswerten Kinde zermalmt. In beiden Fällen soll nach Zeugenaussagen den verunglückten Kinder die Schuld selbst treffen.

Billige Fischstage. Zur Förderung des Fischverbrauchs werden von Mittwoch, den 16., bis Freitag, den 18. Februar, preiswerte Fischverkäufe in Fischfilets veranstaltet. Diese werden hoch- und bratfertig sowie grätenlos pro Pfund mit 60 bis 70 Pf. zur Abgabe gelangen. Ferner wird Nordsee-Seeaals in ganzen Filets ohne Kopf mit 25 Pf. angeboten sowie Ostseefundeln pro Pfund von 20 Pf. an und Ostseedorch pro Pfund 25 Pf. Die Verkaufsstellen sind durch Plakate kenntlich gemacht.

7380 Kinder ohne Morgenfrühstück. Von dem zurzeit in Deutschland herrschenden Elend geben Ermittlungen ein Bild, die seit einiger Zeit in einem Berliner Verwaltungsbezirk, und zwar dem Prenzlauer Berg stattfanden. Das Ergebnis dieser Ermittlungen besagt, daß insgesamt 7380 Kinder regelmäßig ohne erstes Frühstück zur Schule kamen, ohne zweites Frühstück 208 Kinder.

Hauswirtschaftliche Ausbildung. Jungen Mädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren bietet ein vom Jugendamt Treptow geleitetes Heim Gelegenheit zur hauswirtschaftlichen Ausbildung. Meldungen können an das Jugendamt, Rathaus Treptow, Zimmer 52, gerichtet werden.

Anmeldungen für die Einschulung in die weltliche Schule Charlottenburg nimmt laut schulamtlicher Bekanntmachung Gen. Rektor W. Schmücker, 34. Gemeindeschule, Spreerstr. 39, am Wilhelmplatz, entgegen. Auch Anträge auf Umschulung werden dortselbst entgegengenommen.

Zur Ausbildung von tüchtigen Maschinenschreiberinnen sind an zwei städtischen Wohlfahrtsschulen für Mädchen Fortkurse für Maschinenschreiben und Kurzschrift eingerichtet, nämlich: SW. 61, Tempelhofer Ufer 2, und G. 2, hinter der Garnisonkirche 2. Der Kursus hat bei 30 Wochenstunden Unterricht das Ziel, Schreibgewandte und kaufmännisch geschulte Stenotypistinnen heranzubilden. Er dauert 1 Jahr. Ueber den erfolgreichen Besuch des Kursus erhalten die Teilnehmerinnen ein Abschlusszeugnis. Das Schulgeld beträgt neben einer Einschreibgebühr von 2 M. 40 M. im Halbjahre. Bedürftigen Schülerinnen können Freistellen gemährt werden. Der neue Kursus beginnt am 4. April d. J. Anmeldungen täglich von 5 bis 7 Uhr nachmittags, auch 11 bis 1 Uhr vormittags (außer Sonnabenden), in den Bureaus der betreffenden Schulen. Allen Schülerinnen, die das Ziel der Gemeindeschule erreicht haben, im Deutschen gut und für den Beruf einer Stenotypistin körperlich geeignet sind, wird der Besuch dieser Kurse im eigenen Interesse empfohlen.

Eine Hausangestellte als Millionenerbin. Eine Hausangestellte, die bei einem Fleischermeister in Meerane (Sachsen) in Stellung war, hat eine Millionenerbin gemacht. Sie wurde von ihrer Heimatbehörde benachrichtigt, daß sie von ihrem in Amerika verstorbenen Onkel als Erbin eingesetzt worden ist. Die Erbschaft beläuft sich auf fünf Millionen Dollar. Das sind also über 20 Millionen Mark.

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN



Erholungsreisen zur See

MITTELMEERFAHRT 1927
mit Doppelschraubendampfer
Lützwow 8716 Brutto-Register-Tonn
* vom 12. Mai bis 30. Mai 1927
Fahrpreis: R.M. 450.— und höher

PFINGSTFAHRT 1927
mit Doppelschraubendampfer
Lützwow 8716 Brutto-Register-Tonn
* vom 4. Juni bis 12. Juni 1927
Fahrpreis: R.M. 190.— und höher

NORWEGENFAHRTEN 1927
mit Doppelschraubendampfer
Sierra Córdoba 11469 Br.-Reg.-Tonn
1. Reise: 7. Juli bis 25. Juli 1927
2. Reise: 26. Juli bis 13. August 1927
Fahrpreis: R.M. 400.— und höher

POLARFAHRT 1927
mit Doppelschraubendampfer
Stuttgart 13367 Brutto-Register-Tonn
* vom 22. Juli bis 17. August 1927
Fahrpreis: R.M. 900.— und höher

SKANDINAVIEN-OSTSEEFARTEN 1927
mit Doppelschraubendampfer
1. Reise: 30. Juli bis 12. August 1927
Madrid 8753 Brutto-Register-Tonn
2. Reise: 4. August bis 17. August 1927
mit Doppelschraubendampfer
Yorck 8796 Brutto-Register-Tonn
Fahrpreis: R.M. 220.— und höher

Kostenlose Auskunft und Prospekt: auch
Berlin: Norddeutscher Lloyd, Agentur Berlin G.m.b.H., Unter den Linden 1 (Hotel Adlon)
F. Montanus, Generalvertretung des Norddeutschen Lloyd, Invalidenstr. 93 (zwischen Lehrter u. Stettiner Bahnhof)
Weltreisebureau „Union“, Unter den Linden 22.

Was sagt der Bär?



Kunstvolle Kurven
sind meisterhafte Leistungen. Die Verkaufs-Kurve, welche den Siegeszug der **JOSETTI JUNO** anzeigt, beweist eine meisterhafte Leistung, denn von ihr allein darf man sagen:

JOSETTI JUNO
Berlins meistgerauchte 4.8 Cigarette

Berliner - Elektriker - Genossenschaft
Berlin N24, Eissner Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Fernsprecher Norden 65 2a u. 65 2b | Landhausstraße 4, Tel.: Platzhurf 9831

Ausstellungsräume und Lager:
Alexanderstr. 39-40 (Alexander-Passage) Tel.: Königsstadt 540.

Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfanges
zu kulantesten Zahlungsbedingungen

Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

Südafrikanische Industrie.

Ein Kapitel kolonialer Ausbeutung.

Die imperialistischen Vorstöße in China, Mexiko, Nicaragua, die Ereignisse in Java und Sumatra haben die öffentliche Aufmerksamkeit Europas wieder auf die Fragen der kolonialen Ausbeutung gelenkt. Die nationale Unterdrückung in jenen Kolonialländern ist in der Regel begleitet von einer ungeheuren Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Mit salbungsvollen Worten pflegt man die Kolonialpolitik als Sendung des Herrscherwillens zur Förderung des Wohlstandes der Eingeborenen zu preisen, in Wirklichkeit sind diese Ausbeutungsobjekte ohne eigene Persönlichkeits- und Selbstbestimmungsrechte. Besonders tragisch ist die Lage der Eingeborenen in jenen Kolonialländern, wo neben der Tendenz der Ausbeutung noch Rassenvorurteile des herrschenden Volkes Haßgefühle gegen jene aufkommen lassen, aus deren Arbeitskraft sie ihre Profite ziehen. In dieser besonders unglücklichen Lage befindet sich die eingeborene Bevölkerung Südafrikas.

Die Südafrikanische Union.

Die im Jahre 1910 durch Zusammenschluß von vier Ländern (Transvaal, Natal, Orange und Kapland) als englisches Dominion gegründet wurde, genießt heute schon ein großes Maß von Unabhängigkeit vom Mutterland. Die jüngst stattgefundenen britische Reichskonferenzen hat diese Unabhängigkeit in aller Form anerkannt. Das Recht zur Selbstbestimmung bezieht sich jedoch allein auf die weiße Bevölkerung. In den südafrikanischen Bergwerken ist englisches Kapital tätig, und so stehen die farbigen Südafrikas unter dem doppelten Druck der englischen und holländischen Bevölkerung und des englischen Kapitals. Die Aufmerksamkeit der europäischen Arbeiterschaft wurde erst kürzlich auf die unglückliche Lage der farbigen Arbeiter Südafrikas gelenkt, als der Internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam eine Organisation der Farbigen, den Verband von Handels- und Industriearbeitern, als Mitglied aufnahm. Die Aufnahme in die südafrikanischen Gewerkschaften selbst wurde bisher durch Rassenvorurteile und andere Gründe verhindert.

Man könnte meinen, daß Südafrika mit seinen großen Naturreichtümern und seiner umfangreichen Bodenschätze geeignet wäre, große Massen von Einwanderern aufzunehmen. Dies ist aber nicht der Fall; es gibt keine nennenswerte Einwanderung in dieses Land. Es kann sie auch nicht geben, weil der Arbeitsmarkt bereits heute bis zur Unerschöpflichkeit überfüllt ist. In der Union leben 6 Millionen Farbige und 1 1/2 Millionen Weiße. Ursprünglich und noch vor nicht langer Zeit lebten die Farbigen auf ihrem eigenen Boden, sie wurden aber mit Gewalt vom Lande vertrieben. 87 Proz. des Landes ist heute in Besitz der weißen Großgrundbesitzer, die Farbigen besitzen nur 13 Proz. des Bodens, obendrein hat man sie auf die entlegensten und am wenigsten fruchtbarsten Landstriche zurückgedrängt. Auf eine eingeborene Familie entfällt eine Bodenfläche von etwa 5 Hektar, was bei der extensiven Bewirtschaftung Südafrikas keine Existenzgrundlage bietet. Der Boden wird ganz primitiv bebaut bzw. wird erntenlose Schafzucht — daher die große südafrikanische Wollausfuhr — betrieben. Es ist bezeichnend, daß bis heute erst eine einzige Schule für Landwirtschaft für die Farbigen vorhanden ist, und auch diese wird von den Farbigen selbst erhalten. Die Zwangsarbeit auf den Landgütern der Weißen treibt die Farbigen in die Städte.

Der Bergbau — ein Unglück für die Bevölkerung.

Das farbige Industrie-Proletariat ist in erster Linie im Bergbau beschäftigt; 1924 mehr als 305 000 an Zahl. Der größte Teil davon entfällt auf den Goldbergbau. Die Goldschätze von Transvaal, die erst seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ausgebeutet werden, sind bekanntlich ungeheuer groß. Sie liefern den überwiegenden Teil der Weltproduktion an Gold. Mehr als die Hälfte der südafrikanischen Ausfuhr entfällt auf den Goldexport. 97 1/2 Proz. des in Südafrika ausgebeuteten Goldes wird im Witwatersrand in der Nähe von Johannesburg gewonnen, und damit ist Johannesburg zur größten Minenstadt der Welt geworden. Drei Viertel der Zinnerzeugung an Diamanten wird in Südafrika gewonnen. Die Produktion wird von vier Trusts beherrscht, deren größter, die De-Beer-Gesellschaft, 51 Proz. der Produktion in Händen hat. Die Diamantenproduktion erfolgt vornehmlich in Kapland, außerdem in Transvaal und Orange. In Transvaal und Natal gibt es gewaltige Kohlenvorkommen, deren Gehalt auf 36 Milliarden Tonnen geschätzt wird. Der gegenwärtige Abbau ist im Vergleich dazu noch gering, reicht aber für die Kohlenversorgung des Landes selbst, ja noch für Exportzwecke aus. Mit dem Abbau der reichen Eisenerzlagern, die vor nicht langer Zeit entdeckt wurden, hat man noch nicht begonnen. Unter den anderen abbaufähigen Metallen sind besonders Platten und Manganerze zu nennen. Auf Grund des Bergwerkesgesetzes, das durch das Farbigengesetz (Colour Bar Bill) von 1911 verschärft wurde, dürfen die Farbigen nur ungelernete Arbeit in den Bergwerken leisten. Die Bestimmung, daß Farbige nicht in Unternehmungen mit Maschinenkraft arbeiten dürfen, fiel nur auf das Verlangen der Unternehmer weg. In den Bergwerken entfallen auf einen Weißen, der in der Regel Kasseberarbeit leistet, 12 bis 13 Regter, deren Lohn etwa ein Zehntel des Lohnes der Weißen ausmacht. Die höchsten Löhne der Farbigen betragen täglich 2,15 Mk. bei außerordentlich hohen Lebenshaltungskosten. Sie wohnen in Lagern, getrennt von der weißen Bevölkerung, in elenden Lagerhütten. Die Unternehmerrgewinne aus dem Bergbau sind ungeheuer hoch. Der Bruttoertrag in den großen Goldgruben im East-Rand betrug 1925: 3,7 Millionen Pfund Sterling, die Betriebsausgaben 1,8 Millionen und so blieb ein Reingewinn von mehr als 2 Millionen Pfund Sterling. Im Goldbergbau beliefen sich die gesamten Betriebskosten 1925 auf 27 Millionen Pfund Sterling, mehr als 8 Millionen wurden als Dividende verteilt.

Regelung der Arbeitsverhältnisse.

Der neue Gesetzesentwurf über die Beschäftigung der Berg- und Industriearbeiter, welcher, bereits viermal zurückgewiesen, demnächst vom Parlament und Senat in gemeinsamer Beratung verabschiedet werden soll, will im wesentlichen die gegenwärtigen Zustände aufrechterhalten und die Eingeborenen von Arbeitern höherer

Ordnung fernhalten. Sie sollen in der Ausübung ihrer allmählich erworbenen Fähigkeiten weiter behindert bleiben. Bisher haben die weißen Arbeiter, in der Hauptsache Aufseher und Facharbeiter, diese Politik unterstützt, ja gefordert. Indessen gereicht sie auf die Dauer zum Verderben sowohl der Eingeborenen wie der weißen Arbeiter. Ein weißer Arbeiter kann jetzt ungelernete Arbeit nicht leisten, weil er von den Zulässigkeiten der Ungelernten, die tief unter seinem Existenzminimum liegen, nicht existieren kann. Deshalb gehört ein großer Teil der weißen Arbeiterschaft in die Kategorie, die man überhaupt nicht beschäftigen kann, und die arbeitslos verendet. Das wirtschaftliche Interesse der weißen Arbeiter würde daher die Steigerung der Löhne der Ungelernten erfordern, damit sie auch mit den Farbigen zusammenarbeiten können. Für die Farbigen selbst aber sind die Arbeitsverhältnisse im Bergbau, der den Unternehmern so reiche Profite abwirft, zur Quelle dauernden Unglücks geworden. Von der Scholle getrennt, von ihren Stämmen losgerissen, sind sie in den Bergwerksstädten dem größten Elend preisgegeben.

Fortschreitende Industrialisierung.

Bekanntlich hat seit dem Kriege auch in Südafrika eine Industrialisierung in ziemlich großem Maßstabe eingesetzt. 1914 waren bereits 182 000 Arbeiter, davon mehr als zwei Drittel Farbige, in wesentlichen neuen Industriezweigen: Lebensmittel-, Metall-, chemische, Textilindustrie usw. tätig. Auch steht man im Begriff, eine Eisen- und Stahlindustrie in Südafrika zu entwickeln. Kürzlich ist durch Zusammenschluß von zwei jüngst gegründeten Unternehmungen, eines Hochofenbetriebes für Rohstahlerzeugung und eines Stahlwerkes, ein Großkonzern unter dem Namen Union Steel Corporation mit einer Leistungsfähigkeit von 80 000 Tonnen Stahl im Jahr mit Staatssubvention gegründet worden. Auch wird die Errichtung weiterer Werke mit staatlicher Unterstützung geplant. Die neue Industrie vermag jedoch die große industrielle Reservearmee der Weißen und Farbigen nicht aufzunehmen, und eine auf Zulässigkeiten aufgebaute Industrie würde nur zur weiteren Verelendung sowohl des farbigen wie des weißen Proletariats führen. Mit der

Lösung der Probleme

ist die internationale Arbeiterbewegung ernsthaft beschäftigt. Kürzlich hat ein Manifest des englischen Gewerkschafts-Kongresses die Aushebung der Unterschiede in der Behandlung der weißen und farbigen Arbeiter gefordert. Hierzu ist aber die Teilnahme der Farbigen an der südafrikanischen Gewerkschaftsbewegung erforderlich. Die jüngsten Ereignisse lassen erhoffen, daß sich eine solche Entwicklung endlich anbahnen wird. Damit ist aber das wirtschaftliche und soziale Problem Südafrikas noch nicht gelöst. Nur wenn man die Ursachen der Landflucht beseitigt und die Massen der farbigen Arbeiter auf das Land zurückführt, kann diesen Massen geholfen werden. Auch die Regierung ist endlich zu der Einsicht gelangt, daß den Farbigen mehr Boden gegeben werden muß. Ein neuer Gesetzesentwurf will Erleichterungen für den Erwerb von Grund und Boden schaffen. Die Krugüter, die etwa ein Zwölftel der gesamten Bodenfläche ausmachen, sollen als Siedlungen unter Farbige und Weiße — die weiter getrennt bleiben sollen — aufgeteilt werden, auch sollen Kredite für die Bewirtschaftung des Bodens gewährt werden. In die Aufstellung des Grundbesitzes will die Regierung nicht herangehen, und so kann das neue Gesetz bestenfalls nur die Lage eines geringen Teils der Farbigen verbessern.

Auch möchte der Staat für die landwirtschaftliche Ausbildung der Farbigen große Summen opfern, wenn die bisherigen primitiven Anbaumethoden durch bessere ersetzt werden sollen. Einschlägige englische Kreise drängen auf eine Lösung der südafrikanischen Frage in dieser Richtung, in deren Verögerung sie eine schwere Gefahr für das britische Reich erblicken. Die schwarze Wolke in Südafrika, die Massen der Farbigen, deren Selbstbewußtsein seit dem Kriege gewachsen ist, und aus deren Reihen gebildete und weisblickende Führer hervorgegangen sind, dürften sich ihre politische und soziale Unterdrückung und ihre wirtschaftliche Ausbeutung nicht lange mehr gefallen lassen.

Schlesische Wirtschaftssorgen.

Kanal- und Tarifprobleme.

Die schlesische Industrie, unterstützt von der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, wendet sich neuerdings an die Öffentlichkeit aus einem Anlaß, der die außerordentlich große Tragweite der jetzt viel erörterten Kanalprojekte aufs neue darlegt. Wie Generaldirektor Stähler im Rahmen einer Vortragsreihe darlegte, verhielten sich nämlich die Absatzbedingungen des oberschlesischen und des niederschlesischen Montanreviers durch die Ausführung des Mittelkanals in einer Weise, die schwere Besorgnisse für die östliche Industrie erweckt. Schlesiens eigenartige Lage als östlicher in das europäische Festland ausgestreckter Arm, ohne direkte Verbindung zum Meer, bringt es mit sich, daß für den Absatz seiner Industrieprodukte die Frachten nach Innerdeutschland eine große Rolle spielen, besonders nachdem die näher gelegenen, früher bedeutungsvollen ausländischen Absatzgebiete Polen und Tschechoslowakei so gut wie ganz fortgefallen sind. Bei den heutigen Wasser- und Bahntarifen kann oberschlesische Kohle etwa zu demselben Preis (einschließlich Fracht) bis Magdeburg, also bis zur Elbeline, geliefert werden wie westfälische Kohle. Wird aber der Mittelkanal fertiggestellt, so sinken die Transportkosten für Ruhrkohle etwa um drei Mark. Die Ruhr kann dann ihre Kohle bis Frankfurt a. d. Oder zu einem mit Oberschlesien konkurrierenden Preise liefern. Der wichtige Berliner Markt und große andere Gebiete gehen dann der ober- und niederschlesischen Kohle so gut wie ganz verloren. Im Besonderen verlangte Stähler die Regulierung des Oberlaufes und den Ausbau des Klodnitz-Kanals.

Direktor Große vom niederschlesischen Kohlsyndikat zeigte, wie gerade das Waldenburger Revier mit seinem abnehmenden Absatzgrad und seinen schwierigen Förderverhältnissen von dieser Verschiebung der Frachtenlage besonders betroffen werden muß.

Ein Vertreter der niederschlesischen Industrie, Generaldirektor Schmidt, brachte dazu noch interessante Angaben über die verarbeitende Industrie seines Gebietes. Niederschlesien beschäftigt auf diesem Gebiete in etwa 17 000 Betrieben mehr als 335 000 Arbeitnehmer und gehört damit zu den industriereichsten Teilen Preußens. Eine ganze Reihe solcher Industriezweige, die sich dort übrigens vorwiegend aus Mittelbetrieben zusammensetzen, nimmt eine führende Stellung innerhalb der deutschen Industrie ein. Die Verarbeitungsindustrie, die früher sehr stark für den polnischen Markt tätig war, empfindet besonders schwer den Handelskrieg mit Polen, dessen Kosten sie zu tragen hat. Ihre Klagen richten sich vor allem gegen die durchaus unzureichenden Verkehrsverhältnisse und die hohen Frachten.

Namens der schlesischen freien Gewerkschaften erklärte Genosse Bierich, die Parole dürfe nicht lauten „gegen den Mittelkanal“, sondern für Verbesserung der schlesischen Verkehrswege zum Ausgleich der Nachteile, die der Westen durch den Mittelkanal erhalte. In eindringlicher Weise schilderte Bierich die Folgen des Abnahmehanges in Schlesien mit den zahlreichen Betriebseinschränkungen und Stilllegungen; besonders wandte er sich dagegen, daß die Reichsbahngesellschaft ihre Breslauer Reparaturwerkstätten einbezogen und damit 5000 Arbeiter erwerbslos gemacht hat zu einer Zeit, wo die Privatindustrie ebenfalls gewaltige Arbeitermassen auf die Straße setzte. In Oberschlesien habe sich trotz der Lohnerhöhungen die Lebenshaltung der Arbeiter nicht gebessert, da die Lebensmittelpreise im Gegensatz zur Vorkriegszeit durch Wegfall der polnischen Einfuhr wesentlich teurer geworden sind. Zu der Arbeitslosigkeit kommt eine katastrophale Wohnungsnot, die verschärft wird durch die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge aus dem Osten. Auch Bierich betonte die Notwendigkeit des Ausbaus des Verkehrs; bisher wurde in Schlesien beim Ausbau der Wasserstraßen keine großzügige Arbeit geleistet, sondern viel kostspieliges Fließwerk. Das Dittmachers Staubecken, das einen Fortschritt bringt, reicht zur Regulierung der Oder noch nicht aus. Mit besonderem Nachdruck wies der Redner darauf hin, daß die westliche Industrie gegenüber der schlesischen in einer besonders günstigen Lage sei, weil sie nach Ländern exportieren kann, mit denen Handelsverträge bestehen, während die schlesische Industrie nach ihrem natürlichen Absatzgebiet, dem Osten, keinen wesentlichen Absatz hat.

Konzentration der Zinnerzeugung.

Zwischen der Metallhandelsgesellschaft Kron Hirsch u. Sohn, Halberstadt, und der Zinkhütten-Gesellschaft Hensel von Donnersmard, Beuthen, ist am 1. Februar ein Vertrag zustande gekommen, auf Grund dessen Hirsch u. Sohn die gesamte Zinnerzeugung übernimmt. Die Umachungen sind getroffen worden im engen Zusammenhang mit der Metallgesellschaft und dem Handelskonzern Beer, Sondheimer u. Co., Frankfurt. Diese beiden letzteren Firmen haben bereits vor längerer Zeit die Erzeugung der Fürstlich von Donnersmardschen Zinkhütten-Gesellschaft, die ebenfalls in Beuthen ist, übernommen. Ingesamt befinden sich jetzt etwa 20 000 Tonnen in festen Händen, bei einer reichsdeutschen Gesamtproduktion von circa 70 000 und der ostoberschlesischen von ungefähr 105 000 Tonnen. Kron Hirsch u. Sohn ist verpflichtet, für die Beschaffung von Zinnerzeugen Sorge zu tragen, während das Donnersmardsche Zink im Metallwerk Reinholdsdorf-Berlin, das bisher stillgelegt war und wieder in Betrieb genommen werden soll, Verwendung findet. Dem Vertrag ist erhöhte Bedeutung dadurch beizumessen, daß nunmehr der Konflikt zwischen der Zinkindustrie und dem Zinkhandel gemildert ist und die Bildung eines deutsch-polnischen Zinksyndikats sehr in Frage gestellt ist.

Der Arbeitsmarkt weiter unsicher.

Auch in der zweiten Februarwoche scheint sich auf dem Arbeitsmarkt die allmähliche Besserung der Beschäftigungsverhältnisse weiter vorzubereiten, doch ist die Entwicklung nach den Berichten der Landesarbeitsämter keineswegs einheitlich. Der erneute starke Frost hat viele bereits begonnene Außenarbeiten gestört. Selbst die Entwicklung in den großen Städten, wie Berlin und Hamburg, ist durchaus verschieden, während sie in den Hauptindustrieregionen gegenüber den Vormochen keine großen Unterschiede zeigt.

Neue städtische Ferngaspläne. Nachdem die Stadt Oppeln von Bogolin aus Teile des Industriereviers mit Ferngas versorgen will, sind auch Besprechungen zwischen den Städten Hindenburg, Beuthen und Gleiwitz in Gang gekommen. Die Verhandlungen zwischen Beuthen und Hindenburg, das zu diesem Zweck das moderne städtische Gaswerk, das schon heute über 70 Kilometer Rohrleitung verfügt, auf 15 000 bis 20 000 Kubikmeter Tagesproduktion bringen will, stehen vor dem Abschluß. Vermutlich werden die Gaswerke versuchen, sich auf eine eigene Kohlenbasis zu stützen. In Betracht kommt die jetzt zu den Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerken gehörende Konforbegrube, die schon vor Jahresfrist der Stadt Hindenburg zum Kauf angeboten worden ist. Andererseits ist jetzt auch Gleiwitz an Hindenburg herangetreten mit dem Plan, gemeinsam ein neues Gasfernversorgungsnetz zu bauen, das den ganzen Industriebezirk umfassen soll. Die Kohlenbasis dieses Werkes würde in den Sosnitschladten liegen. Es ist indessen aber anzunehmen, daß auch Gleiwitz später von dem Hindenburger Gaswerk, das sehr ausbaufähig ist, versorgt werden wird.

Internationale Verständigung in der Drahtindustrie. In der gestern in Köln abgehaltenen Sitzung der maßgebenden Vertreter der deutschen, belgischen, tschechoslowakischen und holländischen Drahtverbände wurde laut „Kölnischer Zeitung“ beschlossen, die bisherige lose Preisverbindung fester zu gestalten und für jeden Verband die Quoten für die Ausfuhr festzusetzen. Das letzte provisorische Abkommen soll in kürzester Zeit in einen festen mehrjährigen internationalen Verband übergeführt werden.

Chlorodont



Zahnbürsten
Zahnpaste

Die Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borstenschnitt paßt sich der natürlichen Rundung des Oebisses gut an, dringt in die engen Zahnzwischenräume und entfernt leicht alle Speisereste, den häßlichen Zahnbelag und beginnenden Zahnsteinansatz. Auch die hinteren Backen- und Weisheitszähne werden durch das halbrunde Borstenbüschel erlaßt und geputzt. Lockere Zähne werden durch gleichzeitige Massage des Zahnfleisches befestigt. — Die Chlorodont-Zahnpaste schon den kostbaren Zahndmelz, verleiht den Zähnen ellenbeinartigen Hochglanz, bewirkt durch Sauerstoffsalze eine natürliche Mundreinigung und beseitigt üblen Mundgeruch bei herrlich erfrischem Pfefferminzgeschmack.

Chlorodont-Zahnbürsten 70 Pfg. und Mk. 1.25.

Chlorodont-Zahnpaste 60 Pfg. und 1.00.

Kündigung 10%iger Goldpfandbriefe

der Ostpreussischen Landschaft, der Landschaft der Provinz Sachsen und der Landschaft der Provinz Schleswig-Holstein und Konvertierungsangebot für diese Goldpfandbriefe.

Bekanntmachung.

Wir kündigen hiermit lagungsgemäß zur Rückzahlung zu 100%:
nom. GM 79 379 400 10%ige Goldpfandbriefe der Ostpreussischen Landschaft
zum 1. April 1927.

Ein entsprechender Betrag 10%iger Pfandbriefdarlehen ist uns von unseren Kreditverbundenen aufgekündigt worden.

Von der Aufkündigung bleiben frei die Pfandbriefe, deren Nummer die Endziffer 2 trägt bei folgenden Abschnitten:

Buchstabe A über	50 GM Nr.	15 882—16 842	=	4 150 GM
B	100	27 882—29 882	=	14 300
C	500	21 132—22 322	=	54 000
D	1000	28 202—29 842	=	145 000
E	2000	21 922—23 232	=	226 000
				Zusammen = 443 450 GM

Alle übrigen im Umlauf befindlichen 10%igen Goldpfandbriefe sind ausgetost und demgemäß gekündigt.

Dieser Inhaber gekündigter 10%iger Goldpfandbriefe, welche diese nicht bis zum 10. März d. J. gemäß der untenstehenden Bekanntmachung eines Konvertierungsangebots des unter der Führung der Reichsbank gebildeten Bankenfiskus zum Umtausch in 7%ige Goldpfandbriefe angemeldet und eingereicht haben, werden aufgefordert, gegen Ablieferung ihrer 10%igen Goldpfandbriefe den Gegenwert zum Rückzahlungsturse von 100% am 1. Juli d. J. bei den unten verzeichneten Stellen in Empfang zu nehmen. Die Ablieferung der 10%igen Goldpfandbriefe hat mit Zinscheinen per 1. Oktober 1927 ff. und Erneuerungsscheinen zu erfolgen unter Hinzufügung eines nach Abschnitten und Nummern geordneten Nummernverzeichnisses. Die an den 10%igen Goldpfandbriefen etwa fehlenden Zinscheine per 1. Oktober 1927 und ff. sind von den Einreichern unter Abzug von 10% Kapitalertragsteuer zu erstatten, wobei an Stelle einer Goldmark eine Reichsmark zu zahlen ist.

Die Einlösung der gekündigten 10%igen Goldpfandbriefe findet statt durch:

- die Reichsbankhauptkasse in Berlin und alle Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung,
- die Preussische Staatsbank (Seehandlung), Berlin,
- die Bank der Ostpreussischen Landschaft in Königsberg (Pr.) und alle ihre Geschäfts- und Nebenstellen im Bezirk der Ostpreussischen Landschaft.

Mit dem 1. April 1927 treten die gekündigten 10%igen Goldpfandbriefe der Ostpreussischen Landschaft außer Verzinsung.

Königsberg (Pr.), den 7. Februar 1927.

Ostpreussische General-Landschafts-Direktion
von Hippel

Bekanntmachung.

Auf Grund der §§ 29, 30, 93 und 122 der Neuen Satzungen der Landschaft der Provinz Sachsen

und der von dem Staatskommissarius der Landschaft der Provinz Sachsen genehmigten Auslosungsordnung für die Roggen- und Goldpfandbriefe der Landschaft der Provinz Sachsen hat am 4. Februar 1927 eine Auslosung von 10%igen Goldpfandbriefen der Landschaft der Provinz Sachsen stattgefunden.

Die ausgelosten Pfandbriefe im Gesamtbetrag von GM 76 894 520 werden hiermit den Inhabern zur Einlösung durch Barzahlung des Nennwertes am 1. Juli 1927 gekündigt.

Es sind sämtliche Stücke der 10%igen Goldpfandbriefe der Landschaft der Provinz Sachsen zur Auslosung gelangt mit Ausnahme der nachstehend aufgeführten Stücke, die im Verkehr bleiben:

vom Abschnitt zu	3000 GM die Stücke mit der Endziffer 9 von Nr. 14 519 bis 16 879,
vom Abschnitt zu	1000 GM die Stücke mit der Endziffer 8 von Nr. 8 bis 3258,
vom Abschnitt zu	500 GM die Stücke mit der Endziffer 1 von Nr. 1 bis 2401,
vom Abschnitt zu	100 GM die Stücke mit der Endziffer 7 von Nr. 13 637 bis 15 987,
vom Abschnitt zu	50 GM die Stücke mit der Endziffer 6 von Nr. 6 bis 1196,
vom Abschnitt zu	20 GM die Stücke mit der Endziffer 7 von Nr. 1277 bis 1487.

Alle übrigen im Umlauf befindlichen 10%igen Goldpfandbriefe sind ausgetost und demgemäß gekündigt.

Dieser Inhaber gekündigter 10%iger Goldpfandbriefe, welche diese nicht bis zum 10. März d. J. gemäß der untenstehenden Bekanntmachung eines Konvertierungsangebots des unter der Führung der Reichsbank gebildeten Bankenfiskus zum Umtausch in 7%ige Goldpfandbriefe angemeldet und eingereicht haben, werden aufgefordert, gegen Ablieferung ihrer 10%igen Goldpfandbriefe den Gegenwert zum Rückzahlungsturse von 100% am 1. Juli d. J. bei den unten verzeichneten Stellen in Empfang zu nehmen. Die Ablieferung der 10%igen Goldpfandbriefe hat mit Zinscheinen per 2. Januar 1928 ff. und Erneuerungsscheinen zu erfolgen unter Hinzufügung eines nach Abschnitten und Nummern geordneten Nummernverzeichnisses. Die an den 10%igen Goldpfandbriefen etwa fehlenden Zinscheine per 2. Januar 1928 ff. sind von den Einreichern unter Abzug von 10% Kapitalertragsteuer zu erstatten, wobei an Stelle einer Goldmark eine Reichsmark zu zahlen ist.

Die Einlösung der gekündigten 10%igen Goldpfandbriefe findet statt durch:

- die Reichsbankhauptkasse in Berlin und alle Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung,
- die Preussische Staatsbank (Seehandlung), Berlin,
- die Deutsche Bank, Berlin,
- die Landschaftliche Bank der Provinz Sachsen, Halle, sowie ihre Niederlassungen in Magdeburg und Nordhausen,
- die Kasse der Landschaft der Provinz Sachsen, Halle.

Erfolgt die Einlieferung nicht innerhalb eines Monats nach dem Verfalltage, so hat der säumige Inhaber nur noch Anspruch auf die bei der Landschaft befindliche Einlösungssumme; mit seinen weiteren Rechten wird er durch Beschluß der General-Landschafts-Direktion ausgeschlossen.

Halle, den 7. Februar 1927.

General-Landschafts-Direktion der Provinz Sachsen.
von Trotha. Bertram. Peterstille.

Bekanntmachung.

Wir kündigen hiermit lagungsgemäß zur Rückzahlung zu 100%:
nom. GM 51 500 000 10%ige Schleswig-Holsteinische landschaftliche Goldpfandbriefe
zum 1. Juli 1927.

Ein entsprechender Betrag 10%iger Pfandbriefdarlehen ist uns von unseren Kreditverbundenen aufgekündigt worden.

Die gekündigten Beträge umfassen alle von uns ausgegebenen, im Umlauf befindlichen 10%igen Goldpfandbriefe mit Ausnahme der hierunter verzeichneten, durch die Auslosung nicht betroffenen Stücke.

Verzeichnis

der nicht ausgelosten 10% Schleswig-Holsteinischen landschaftlichen Goldpfandbriefe.

Zu 5000 GM:

74 865, 74 875, 74 885, 74 895, 74 905, 74 915, 74 925, 74 935.

Zu 3000 GM:

73 510, 73 520, 73 530, 73 540, 73 550, 73 560, 73 570, 73 580, 73 590, 73 600, 73 610.

Zu 2000 GM:

16 508, 16 513, 16 523, 16 533, 16 543, 16 553, 16 563, 16 573, 16 583, 16 593, 16 613, 16 623, 16 633, 16 643.

Zu 1000 GM:

14 000, 14 019, 14 039, 14 049, 14 059, 14 069, 14 079, 14 089, 14 099, 14 109, 14 119, 14 129, 14 139, 14 149, 14 159, 14 169, 14 179, 14 189, 14 199, 14 209, 14 219, 14 229, 14 239, 14 249, 14 259, 14 269, 14 279, 14 289, 14 299, 14 309, 14 329, 14 339, 14 349, 14 359, 14 369, 14 379, 14 389, 14 409, 14 419, 14 429, 14 439, 14 449, 14 459, 14 469, 14 479, 14 489, 14 499, 14 509, 14 519, 14 529, 14 539, 14 549, 14 559, 14 569, 14 579, 14 589, 14 599, 14 609.

Zu 500 GM:

63 582, 63 592, 63 602, 63 612, 63 622, 63 632, 63 642, 63 652, 63 662, 63 672, 63 682, 63 692, 63 702, 63 712, 63 722, 63 732, 63 742, 63 752, 63 762, 63 772, 63 782, 63 792, 63 802, 63 812, 63 822, 63 832, 63 842, 63 852, 63 872, 63 892, 63 902, 63 912, 63 922, 63 932, 63 942, 63 952, 63 962, 63 972, 63 982, 64 002, 64 012, 64 022, 64 032, 64 042, 64 052, 64 072, 64 082, 64 092, 64 102, 64 112, 64 122, 64 132, 64 142, 64 152, 64 162, 64 172, 64 192, 64 202, 64 212, 64 232, 64 242, 64 252, 64 262.

Zu 100 GM:

3210, 3220, 3230, 3240, 3250, 3260, 3270, 3280, 3290, 3300, 3310, 3320, 3330, 3340, 3350, 3360, 3370, 3380, 3390, 3400, 3410, 3420, 3430, 3440, 3450, 3460, 3470, 3480, 3490, 3500, 3510, 3520, 3530, 3540, 3550, 3560, 3570, 3580, 3590, 3600, 3610, 3620, 3630, 3640, 3650, 3660, 3670, 3680, 3690, 3700, 3710, 3720, 3730, 3740, 3750, 3760, 3770, 3780, 3790, 3800, 3810, 3820, 3830, 3840.

Zu 50 GM:

1, 11, 21, 31, 41, 51, 61, 71, 81, 91, 101, 111, 121, 131, 141, 151.

Alle übrigen im Umlauf befindlichen 10% Goldpfandbriefe sind ausgetost und demgemäß gekündigt.

Dieser Inhaber gekündigter 10%iger Goldpfandbriefe, welche diese nicht bis zum 10. März d. J. gemäß der untenstehenden Bekanntmachung eines Konvertierungsangebots des unter der Führung der Reichsbank gebildeten Bankenfiskus zum Umtausch in 7%ige Goldpfandbriefe angemeldet und eingereicht haben, werden aufgefordert, gegen Ablieferung ihrer 10%igen Goldpfandbriefe den Gegenwert zum Rückzahlungsturse von 100% am 1. Juli d. J. bei den unten verzeichneten Stellen in Empfang zu nehmen. Die Ablieferung der 10%igen Goldpfandbriefe hat mit Zinscheinen per 2. Januar 1928 ff. und Erneuerungsscheinen zu erfolgen unter Hinzufügung eines nach Abschnitten und Nummern geordneten Nummernverzeichnisses.

Die an den 10%igen Goldpfandbriefen etwa fehlenden Zinscheine per 2. Januar 1928 ff. sind von den Einreichern unter Abzug von 10% Kapitalertragsteuer zu erstatten, wobei an Stelle einer Goldmark eine Reichsmark zu zahlen ist.

Die Einlösung der gekündigten 10%igen Goldpfandbriefe findet statt durch:

- die Reichsbankhauptkasse in Berlin und alle Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung,
- die Preussische Staatsbank (Seehandlung), Berlin,
- die Kur- und Neumärktische Ritterchaftliche Darlehnskasse, Berlin,
- die Norddeutsche Bank in Hamburg, Hamburg,
- die Landschaftliche Bank der Provinz Schleswig-Holstein, Kiel,
- die Direction der Disconto-Gesellschaft, Berlin.

Wenn die aufgekündigten Pfandbriefe nicht spätestens am 1. August 1927 eingekauft sind, werden die säumigen Pfandbriefinhaber mit den in den Pfandbriefen ausgedrückten Rechten ausgeschlossen und nach erfolgter Ausschließung mit ihren Ansprüchen auf den hinterlegten Geldbetrag verwiesen werden, Kiel, den 7. Februar 1927.

Schleswig-Holsteinische General-Landschafts-Direktion
Graf zu Ranau-Rastorf

Konvertierungsangebot

für die gekündigten 10%igen Goldpfandbriefe der Ostpreussischen Landschaft, der Landschaft der Provinz Sachsen und der Landschaft der Provinz Schleswig-Holstein.

Das unterzeichnete Konföderation bietet den Inhabern der gemäß vorstehender Bekanntmachungen der Ostpreussischen General-Landschafts-Direktion, der General-Landschafts-Direktion der Provinz Sachsen, der Schleswig-Holsteinischen General-Landschafts-Direktion

gekündigten 10%igen Goldpfandbriefe im Auftrage der genannten Landschaften den Umtausch der gekündigten 10%igen Goldpfandbriefe

in neue 7%ige Goldpfandbriefe

derselben Landschaften im gleichen Nennwert mit gleichen Zinsfälligkeiten unter folgenden Bedingungen an:

1. Die Anmeldung zum Umtausch und die Einreichung der 10%igen Goldpfandbriefe hat in der Zeit vom 17. Februar bis 10. März d. J.

zu erfolgen:

- bei der Zeichnungs-Abteilung der Reichsbank, Berlin, Breite Straße 3-6, sowie bei allen mit Kasseneinrichtung versehenen Reichsbankanstalten,
- bei der Preussischen Staatsbank (Seehandlung), Berlin, der Central-Landschafts-Bank für die Preussischen Staaten, Berlin, der Landschaftlichen Bank der Provinz Sachsen, Halle (Saale), der Landschaftlichen Bank der Provinz Schleswig-Holstein, Kiel, der Bank der Ostpreussischen Landschaft Königsberg (Pr.) und den Zweiganstalten dieser Banken.

Als Konvertierungsstellen sind ferner vorgegeben: in Berlin: Berliner Handels-Gesellschaft, S. Bleichröder, Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft, Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien, Deutsche Bank, Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank, Deutsche Landesbankzentrale A. G., Direction der Disconto-Gesellschaft, Dresdner Bank, J. Dreyfus & Co., Hardt & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, F. W. Krause & Co. Bankgeschäft, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Mendelssohn & Co., Ritterdeutsche Creditbank, Sächsische Zentralgenossenschaftskasse, Reichs-Credit-Gesellschaft Aktiengesellschaft, in Braunschweig: Braunschweigische Staatsbank (Reichshausanstalt), in Breslau: E. Heimann, in Dresden: Gebr. Arnold, Sächsische Staatsbank, in Düsseldorf: Barmer Bank-Verein Hirsberg, Fischer & Comp. Kommanditgesellschaft auf Aktien, in Essen: Simon Hirschland, in Frankfurt a. M.: Gebrüder Behrmann, Deutsche Effekten- und Wechsel-Bank, Deutsche Vereinsbank Kommanditgesellschaft auf Aktien, Lincoln Renny Oppenheimer, Lazard Spenser-Willien, Jacob S. Stern, in Hamburg: L. Behrens & Söhne, Norddeutsche Bank in Hamburg, Vereinsbank in Hamburg, R. R. Warburg & Co., in Karlsruhe: Zeitl. homburger, Straus & Co., in Köln: A. Lepp, Sal. Oppenheimer jr. & Cie., N. Schaaffhausen'scher Bankverein A. G., J. H. Stein, in Leipzig: Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, in Mannheim: Rheinische Creditbank, Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A. G., in München: H. Aufhäuser, Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank, Bayerische Staatsbank, Bayerische Vereinsbank, Merck, Finck & Co., in Nürnberg: Anton Rohn, in Weimar: Thüringische Staatsbank und alle Zweiganstalten dieser Banken.

Eine Provision für den Umtausch wird den Einreichern von den Konvertierungsstellen nicht berechnet. Für die Uebertragung der neuen 7%igen Goldpfandbriefe von den Konföderationsmitgliedern und sonstigen Konvertierungsstellen an die Erwerber ist die jeweils fällige Börsenumschlagsteuer zu entrichten.

Nach dem 10. März d. J. werden 10%ige Goldpfandbriefe zum Umtausch nicht mehr angenommen.

2. Die 10%igen Goldpfandbriefe der Ostpreussischen Landschaft sind mit Zinscheinen per 1. Oktober 1927 ff. und Erneuerungsscheinen, die 10%igen Goldpfandbriefe der Landschaft der Provinz Sachsen und der Landschaft der Provinz Schleswig-Holstein sind mit Zinscheinen per 2. Januar 1928 ff. und Erneuerungsscheinen einzulösen.

3. Der Zinschein per 1. April 1927 bei den 10%igen Goldpfandbriefen der Ostpreussischen Landschaft bzw. per 1. Juli 1927 bei den 10%igen Goldpfandbriefen der Sächsischen Landschaft und der Schleswig-Holsteinischen Landschaft bleibt im Besitze der Einreicher und wird bei Fälligkeit zum vollen Betrage von 10% Jahreszinsen abzüglich Kapitalertragsteuer eingelöst.

Die an den 10%igen Goldpfandbriefen etwa fehlenden Zinscheine per 1. Oktober 1927 bzw. 2. Januar 1928 ff. sind von den Einreichern unter Abzug von 10% Kapitalertragsteuer zu erstatten, wobei an Stelle einer Goldmark eine Reichsmark zu zahlen ist.

4. Den Pfandbriefen, welche zum Umtausch eingekauft werden, ist ein mit deutscher Namensunterschrift und genauer Wohnungsangabe des Einzelers versehenes, nach Abschnitten und Nummern geordnetes Verzeichnis für jede der 3 Gattungen in doppelter Ausfertigung beizufügen. Formulare hierzu können bei den obgenannten Stellen kostenfrei in Empfang genommen werden.

5. Ueber die zum Umtausch eingereichten 10%igen Goldpfandbriefe wird den Einreichern Quittung erteilt, gegen deren Rückgabe die neuen Stücke von der Stelle, welche die Quittung ausgestellt hat, nach Erfordernis ausgetauscht werden. Die Konvertierungsstellen sind berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Legitimation des Ueberbringers der Quittung zu prüfen.

6. Die Einlieferung der neuen Stücke erfolgt baldmöglichst. Der erste Zinschein an den Bogen der neuen 7%igen Goldpfandbriefe der Ostpreussischen Landschaft ist am 1. Oktober 1927, an den Bogen der neuen 7%igen Goldpfandbriefe der Sächsischen Landschaft und der Schleswig-Holsteinischen Landschaft am 2. Januar 1928 fällig.

7. Die Einführung der neuen 7%igen Goldpfandbriefe wird bei den gleichen Börsen, an denen die 10%igen Goldpfandbriefe gehandelt werden, beantragt werden.

Das Umtauschangebot richtet sich an die Inhaber der über 20 und 50 GM lautenden gekündigten 10%igen Goldpfandbriefe der Landschaften nur insoweit, als sie durch 100 teilbare Nennbeträge einlösen können.

Dieser Inhaber gekündigter 10%iger landschaftlicher Goldpfandbriefe über 20 und 50 GM, welche durch 100 teilbare Beträge nicht zum Umtausch einreichen können oder von dem Umtauschangebot nicht Gebrauch machen wollen, haben diese Pfandbriefe gemäß vorstehender Bekanntmachungen der 3 Landschaften bei den darin genannten Stellen zur Einlösung in bar einzureichen.

Berlin, Königsberg (Pr.), Halle (Saale), Kiel, den 12. Februar 1927.

Reichsbank. Deutsche Golddiskontbank. Preussische Staatsbank (Seehandlung)
Central-Landschafts-Bank für die Preussischen Staaten.
Bank der Ostpreussischen Landschaft. Landschaftliche Bank der Provinz Sachsen.
Landschaftliche Bank der Provinz Schleswig-Holstein.

Die Patrioten.

Von Stefan Lipinski.
(Schluß.)

Eines Morgens, er sah gerade auf der Veranda zwischen dem zehnten und elften Schnaps, besuchte ihn sein Nachbar Klaus, einer der wenigen deutschen Grundbesitzer der Umgegend. Mit Klaus stand er sich nicht besonders, weil der erstmal nicht von Adel war, und dann, weil er kein eigentlicher Gutsbesitzer, sondern nur ein großer Bauerhofbesitzer war und aus kleinen Verhältnissen stammte. Dazu war er auch noch ein tüchtiger Landwirt. Nach einigem Hin und Her rückte Klaus nun mit dem Vorschlag heraus, das Rittergut zu kaufen. Zwar nicht für sich selbst, wie er sagte, weil ihm dazu das Geld fehle, aber für jemand aus seiner Verwandtschaft. Sämtliche Hypotheken, deren Höhe ihm genau bekannt waren, wollte er übernehmen und darüber hinaus noch eine achtbare Summe bar auszahlen. So freit- und trakeförmig auch der alte von Pleiten auf Groß-Buchau sonst war, wenn er den zehnten Schnaps hinter der Binde hatte, und so ungnädig ihm der reiche Bauerhofbesitzer auch sonst war, am liebsten wäre er ihm gleich um den Hals gefallen. Im nächsten Augenblick aber regte sich gleich wieder das Mißtrauen, und allerlei Vermutungen tauchten in ihm auf. Wie kam dieser schlaue Fuchs dazu, ihm dieses Angebot zu machen. Da mußte doch etwas dahinter stehen. War auf seinem Grund und Boden etwas, wozu er selbst nichts wollte und was jener wertvoller wollte? Richtig, so konnte es nur sein. O, ihn sollte man nicht betrügen, auch wenn er, wie gewöhnlich um diese Zeit, einen kleinen Schluck Schnaps getrunken hatte. Aber was konnte es denn sein? Etwas Petroleum oder Gold? Ach was, Unsinn, sowas gab's doch hier in der Koschubei gar nicht. Aber — richtig, jetzt hatte er es. Braunkohlen mochten es sein. Daß er nicht gleich daran gedacht hatte. Zeitungen las er grundsätzlich nicht. Das war doch bloß alles Schwindel. Aber davon hatte er doch neulich erst erzählen hören, daß im Nachbarreife Braunkohlen gefunden wurden. Na, warte, Fremden, das könnte dir so passen.

Als sich Klaus nach einiger Zeit entfernte, hatte er keine Zusage, aber auch keine Absage mit auf den Weg bekommen.

Seit diesem Tage wurde der alte von Pleiten fast täglich von Leuten aufgesucht, die ihm sein Gut abkaufen wollten. Seine Gläubiger laßen ihn, ihre Drahdbriefe vergessen zu wollen, und eröffneten ihm bereitwillig neue Kredite. Kurz, er schwamm in einem Meer von Ertzständen und Schnaps.

Ganz ähnlich erging es seinem Gegenpart, dem Polen Franzyszel von Dupla-Sitoriski auf Plasti-Ruschelhof. Hier hatte die Glücksgöttin Fortuna erst einige Hindernisse zu bewältigen, ehe sie ihr Füllhorn über ihren neuen Schützling ausgießen konnte. Sie hatte die Gestalt Weikeles Willentronz, eines kleinen polnischen Jüderle, angenommen, der der Hauptgläubiger des Pan Franzyszel war und fuchtelte nun in einem elenden Gefährt, das von einem mageren Pferdchen gezogen wurde, geduldig von einem Gutshof zum anderen, immer dem Flüchtling nach. Denn — Pan Franzyszel war zum Flüchtling geworden.

Eben war er wieder auf einer Rundreise begriffen, als ihm von seinem derzeitigen unfreiwilligen Gastgeber wohlmeinend die Ankunft Weikeles mitgeteilt wurde. Da sah Pan Franzyszel von diesem nichts Gutes zu versehen hatte, ergriff er schleunigst die Flucht, die ihm auch glücklich gelang. Und nun ging die Jagd schon zehn Tage. Kaum war er irgendwo eingetroffen und hatte sich etwas bequem gemacht, als auch schon Weikele gemeldet wurde. Bis ihn endlich sein Schicksal, vielmehr die Glücksgöttin, das heißt Weikele Willentronz, dennoch erreichte. Frühmorgens war er von Przggoda aufgebrochen, da er sichere Nachricht hatte, daß Weikele heut dort einzu treffen wolle. Nun sah Pan Franzyszel mit seiner Pelagia schmungelnd in der Britschka und ließ sich nach Szczytoczyn fahren, wo er sich aber nicht weiter aufhalten wollte, sondern er gedachte nach einem kräftigen Umbiß zu seinem letzten Wirt, Pan Thaddäus Przggodowski auf Przggoda, zurückzukehren. Ihm degann das Greif- und Berstedtspielen Spaß zu machen. Rechte der kleine Jude ihn jetzt suchen, vor morgen nachmittag hätte er ihn gewiß nicht eingeholt. Eben fuhr Jaschel in einen kleinen Hohlweg. Da — Pfla frem, daß dich sämtliche Teufel holen möchten, heilige Mutter Gottes von Neustadt, Culm, Czestochow und Ebbau, war die Karole, die da entgegenkam, nicht die des Weikele Willentronz? „Fahr zu,“ schrie Pan Franzyszel zu dem auf dem Bod liegenden Jaschel, und gab ihm einen Stuß in den Rücken. Jaschel schnalzte mit der Zunge und rief an den Fingeln. Er knallte wohl auch mit der langen Peitsche und schlug damit auf seine vier Ziegenpferdchen, aber diese schüttelten nur mit den Köpfen und dachten gar nicht daran, bei diesem aufgeweckten Landweg, in dem die Räder beinahe bis zur Achse im Dreck steckten, in Trab zu fallen. Neben konnte man mit dem Biergespann in diesem engen Hohlweg ebenfalls nicht.

Was aber war mit dem kleinen Weikele los? Waren in ihn alle die Rachegeister der von den Vorjahren des Pan Franzyszel gepöbelten Juden gefahren? Stand denn jetzt wirklich die Welt auf dem Kopfe? Weikele Willentronz hatte nämlich wie ein echter Freibeuter die Strafe vollständig abgeperrt, indem er mit seinem Bogen quer über die Straße gefahren war. Nun sah Pan Franzyszel wie eine Maus in der Falle und konnte nicht vorwärts, und Pelagia Pelagia, die erst kürzlich die „Sintflut“ und den „kleinen Ritter“ von Sienkiewicz gelesen hatte und seitdem jeden Tag ungeduldig darauf wartete, zur Heldin einer ähnlichen Geschichte gemacht zu werden, nahm sich schon vor, sich gar nicht lange zu zieren, wenn ein deutlicher Ausruf ihr zu führen sinfen sollte, denn bei ihrem Vater gefiel es ihr schon lange nicht. Als sie aber sah, daß niemand weiter als Weikele aus dem Bogen kletterte, machte sie ein ärgerliches Gesicht und kummerte sich um nichts mehr. Während entriß Pan Franzyszel seinem Räucher die Peitsche und ließ dem Weikele entgegen. „Panie Hrabia, Panie Hrabia (Herr Graf), ich hab eine wichtige Neuigkeit, ich hab einen guten Käufer für das Gut Euer Hochwohlgeboren,“ rief der kleine Weikele anfänglich, als er den die Peitsche schwingenden auf sich zuellen sah.

„Wie, was hast du, redest du die Wahrheit, was will er zahlen, wo ist er, wer ist er?“

Als Pan Franzyszel am folgenden Morgen, schwer geladen von seiner Britschka kletterte und die Stufen seines väterlichen Stammes emporholperte, wachte er, daß infolge irgendeines geheimnisvollen Umstandes sein Besitztum einen märchenhaften Wert darstellte. Woran das lag, würde er schon noch erfahren, es war nur gut, daß er nicht in der ersten Freude dem Weikele zu gefagt hatte.

Das Reichsgericht und Goethe.

Das Reichsgericht hat zwei Buchhändler zu Festungsstrafen verurteilt. Beamtet wurde u. a. auch ein Jut aus Goethe.



„Sieh da, der Goethe, uns können Sie nicht täuschen: wir haben den Weimarer Geist in Ihren Schriften wohl entdeckt!“

Und nun wurde er genau so von seinen Gläubigern und von Kaufmann umhüllt und geschmeichelt wie der alte von Pleiten. Während aber jener das Geheimnis des Ursprungs seines Reichtums von seinem Sohne erfuhr, lud sich Pan Franzyszel zu diesem Zwecke eine Herrengesellschaft seiner Nachbarn ein — jetzt konnte er es sich schon leisten — und als alles genügend mit Spiritus versorgt war, bekam er es auch heraus.

Aber beinahe hätte es ihm das Leben gekostet. Nicht etwa wegen einer Alkoholvergiftung, keine Beleidigung bitte, nein, aber vor Schaden wäre Pan Franzyszel fast ums Leben gekommen. Ganz erschrecklich blau war er schon im Gesicht gewesen. Also, das Parlament der Deutschen hatte eine ungeheure Geldsumme bewilligt zum Ankauf von Gütern in der Ostmark, und dadurch war eine geradezu wahnwitzige Steigerung der Güterpreise in den beteiligten Provinzen eingetreten, deren Ende noch gar nicht abzusehen war.

Ja, ja, gar sonderbare Wege war Frau Fortuna gewandelt, die sich sogar der vom deutschen Volke gewählten Vertreter bediente, um zwei alten Lüderjahren die Taschen voll Gold zu füllen. Aber sie füllte bei dieser Gelegenheit noch vielen anderen die Taschen. O, was sind diese Deutschen für ein schnurriges Volk.

In einem Pensionat eines der westlichen Vororte Berlins trafen sie zusammen, Herr von Pleiten senior und junior und Pan Franzyszel von Dupla-Sitoriski mit Tochter. Erst knurrten sich die Alten an wie zwei bissige Hunde, die an demselben Knochen genagt haben. Aber nach und nach taute das Eis, da ihr Geschick ja ein gemeinschaftliches war. Pan Franzyszel hatte sein Gut an die deutsche Anstaltungskommission verkauft, weil diese ihm den höchsten Preis geboten hatte, während Herr von Pleiten das Pech hatte, das Höchstgebot von einer polnischen Landbank zu erhalten, an die er dem auch verkaufte. Trotzdem also alles ganz natürlich ausgegangen war, wurden sie beide seit diesem Verkauf von ihren jeweiligen Standes- und Stammesgenossen gescholten und als Verräter beschimpft. Ja, der junge von Pleiten mußte sogar seinen Dienst quittieren. Und das alles nur, weil der eine sein Gut den Polen und der andere das feigige den Deutschen verkauft hatte, und nicht umgekehrt. Als wenn es auch so nicht auf eins herauskommen wäre.

Da bemerkten sie, wie der junge von Pleiten Pelagia verstoßen die Hand streichelte. O, diese schnurrigen Deutschen und Polen. Die Bäter haben die Schnapsflaser und grinsten.

Von Pleiten hatte 100 000 M. und Pan Franzyszel 60 000 M. nach Abzug aller Schulden ausgezahlt erhalten.

Darauf stießen sie an und tranken die Gläser leer. Hoch lebe das neue Geschlecht, das sich genau so wie Bäter und Großväter dem Vaterlande widmen möge!

Als Schreiben noch eine Kunst war ...

Heute gehört das Schreiben zu den allgemeinen Kenntnissen, und die Zahl der Analphabeten nimmt immer mehr ab. Im Mittelalter aber war das Schreiben eine schwierige, nur von wenigen geübte Kunst, aus der freilich unergiebig herrliche Werte entstanden sind. Die kostbaren, reich verzierten und ausgemalten Handschriften jener Zeit sind von einer Schönheit, die der Buchdruck nie erreicht hat. Als die „schwarze Kunst“ um die Mitte des 15. Jahrhunderts aufkam, da hielten gerade die vornehmsten und gelehrtesten Kreise an der Schreibkunst fest, und niemals sind Handschriften mit köstlicheren Miniaturen geschmückt und eifriger gelammelt worden, als in den letzten Jahrzehnten des 15. Jahrhunderts. Der Bücherfreund wollte von den gedruckten Büchern nichts wissen und zog den handgeschriebenen Prachtband vor. Einer der eifrigsten Sammler jener Tage, Jakob Bürich von Reichertsheim, erkärt ausdrücklich, daß er nur die „alten Bücher“, mit Stehlen, Rauben und dazu mit Reiben, geidnet, geschrieben, gekauft und auch gelunden“, zusammengebracht habe, daß er aber die neuen für nichts achte.

In diese stille Welt der Klöster und Schreibstuben, in der die Schreibkunst ihre höchste Blüte erlittete, führt uns der neueste Band der im Insel-Verlag zu Leipzig erscheinenden Buchreihe „Deutsche Vergangenheit“, in dem der Herausgeber, Johannes

Bühler, nach zeitgenössischen Quellen „das deutsche Geistesleben im Mittelalter“ darstellt. Das Schriftwesen jener Tage wird uns dabei aus vielen bezeichnenden Äußerungen lebendig. Bienenfliehe des Schreiben den Menschen des Mittelalters machte, das zeigt ein Spruch aus dem 10. Jahrhundert: „Wer nicht schreiben kann, hält er für keine Mühe; drei Finger schreiben nur, doch der ganze Körper wird müde. Groß ist die Mühe, doch größer noch der himmlische Lohn.“ Zum Schreiben mußte man unständliche Vorbereitungen treffen. Da galt es erst, das Pergament zu glätten oder das Papier zu schneiden. Dann ging es an das Linieren. Die Gänsefeder, die vorher zurechtgeschlitten werden mußte, in der einen, das Messer in der anderen Hand, macht sich der Schreiber zur Arbeit bereit. In seinem Pult befinden sich zwei Lintenhörner, eins für schwarze, das andere für rote Tinte. Ist der Text mit schwarzer Tinte geschrieben, dann werden Ueberschriften und Anfangsbuchstaben mit roter Tinte eingetragen, für Initialen und Bildschmuck der nötige Raum ausgespart. Braucht der Schreiber eine neue Lage Blätter, so steckt er seine Feder hinter das Ohr und folgt sich weitere Bogen. Dann folgt endlich die schwierige Arbeit der Ausmachung, die in früheren Zeiten von dem Schreiber selbst, später von einem besonderen Künstler besorgt wurde.

Mancher, der sich der Schreibkunst widmete, wurde wie von einem Raub ergriffen. Davon erzählt uns Oskoh von St. Emmeran, der sich dieser Kunst so eifrig hingab, daß „ich fast erblindete“. Meist waren es Mönche, die sich mit diesem frommen Werk beschäftigten und viele Legenden erzählen von der Heiligkeit guter Schreiber. So wird von einem Mönch berichtet, ihm hätten die drei Finger der linken Hand gleich Lampen gelehut, als er einit die Lichter vergessen hatte. Bei einem ausgezeichneten Schreiber fand man noch 20 Jahre nach seinem Tode die rechte Hand wohl erhalten, die dann als Reliquie verehrt wurde. Die schön geschriebenen Bücher waren der kostbarste Schatz der Klöster, und es wurden strenge Verordnungen erlassen, um diesen Schatz zu hüten. Bei schweren Strafen war es verboten, Bücher zu verleihen oder des Nachts aus der gemeinsamen Bücherstube zu entfernen. Die Prachtbände wurden an schwere Ketten gelegt, damit sie nicht fortgeschleppt werden konnten. Schon damals war der Bücherdieb gefürchtet, und nicht viel weniger der Bücherleiber, der im Zurückgeben damals wie heute faul war. Verwünschungen von Dieben sind in den Handschriften nicht selten. So heißt es z. B.: „Wer das Buch stehl, desselben Seele müsse sich erlösen hoch an einem Galgen oben.“ Außer den Mönchen gab es im späteren Mittelalter auch Lohnschreiber, deren Gewerbe sehr einträglich war. Burkhardt Zink erzählt in seiner Chronik, wie er, nachdem er ein Weib genommen, das Abschreiben um Lohn zu seinem Beruf erwählt hätte; er gewann damit viel Geld: „Mein Weib und ich saßen zusammen; ich schrieb, und sie spann; wir verdieneten oft drei Pfund Pfennige in einer Woche, doch sind wir oft die ganze Nacht beidergelesen.“ Von den Mühen und Freuden der Buchschreiber künden eindrucksvoll die Vermerte, Stoßfeuer und Wünsche, die so mancher aus Erde der vollendeten Handschrift gefagt hat. Da heißt es z. B.: „Nie hat das Buch ein End. Gott uns seinen göttlichen Segen send.“ Ein anderer Schreiber läßt sich folgendermaßen vernehmen, indem er nach Vollendung einer Bibel sehr weltliche Wünsche äußert: „O Gott, durch deine Güte beschere uns Ärgeln und Hüte, Mäntel und Röcke, Weizen und Bock, viel Frauen und wenig Kinder.“ Ein anderer klagt: „Ach, ich armer Gesell! Der Lohn ist all vertan: um Wein ist er gegeben, der drückt mir schwer auf meiner Leber. O Jesus, Maria, hilf!“

Insekten, die in Petroleum leben. Diese eigenartige Geschmacksrichtung hat man neuerdings bei den Larven einer kleinen schwarzen Fliege, der sogenannten Petroleumfliege, beobachtet, die sich gewöhnlich in der Nähe größerer Erdölvorräte aufhält, und wahrscheinlich ihre Eier an Stellen ablegt, von denen aus die Larven leicht in das Petroleum gelangen können. Die Larven dieser Fliegen verbringen die ganze Zeit ihres Lardens Stadiums im Petroleum, wo sie sich von verschiedenen Fremdkörpern, die in der Flüssigkeit enthalten sind, nähren. Die Umung der wurmförmigen Larven erfolgt durch Luftlöcher, die sie von Zeit zu Zeit über die Oberfläche herausstrecken. Die Larven der Petroleumfliege sind dem Leben im Petroleum so angepasst, daß sie, wenn man sie herausnimmt, schon nach wenigen Stunden zugrundegehen. Erst wenn sie sich verpuppen, verlassen sie die Flüssigkeit, entfernen sich aber auch als Fliegen nicht weit vom Petroleum, da sie, wie erwähnt, hier auch ihre Eier ablegen.

